

# VORAN

<b>Inhalt</b>
<b>Ausländerfeindlichkeit stoppen</b> Seite 3
<b>Rumänien</b> Seite 9

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, zu denen immerhin 40% aller wahlberechtigten Bundesbürger aufgerufen waren, zeigten deutlich, daß die Mehrheit der Bundesbürger mit Kohls halbbrecherischem Kurs in Richtung Übernahme der DDR nicht einverstanden ist. Und was macht Kohl? Er will gesamtdeutsche Wahlen und damit die Angliederung der DDR noch vor Jahresende durchpeitschen.

Laut ZDF-Politbarometer (SZ 22.5.90) befürworten 29% der Befragten die Wiedervereinigungspolitik von Kohl, 42% die Oskar Lafontaines. Ebenso sprachen sich nur 20% für eine schnelle Vereinigung aus, 61% befürworten eine langsamere Gangart. Die Revolution in der DDR hat im letzten Herbst als Massenbewegung für Demokratie und gegen die stalinistische Diktatur begonnen. Kohls Kurs zeigt, daß es ihm weniger um Demokratie als vielmehr um die Macht des Kapitals und nicht zuletzt auch seinen eigenen Stuhl geht. In diesen Wochen stehen die größten Veränderungen im Leben des Volkes seit 40 Jahren an, doch das Volk hat wenig zu melden! Es herrscht Geheimdiplomatie wie eh und je.

### Währungsunion

Die Einführung der D-Mark in der DDR wird schlagartig eine Mehrheit der Betriebe in der DDR gefährden und zu einem industriellen Kahlschlag in einem entwickelten Land führen, wie ihn die Geschichte bisher noch nicht erlebt hat. Westdeutsche Unternehmer sehen in der DDR vorrangig einen Absatzmarkt und haben schon jetzt damit begonnen, sich diesen Markt zu erobern. Doch westliche Investitionen werden nur einen Bruchteil der Arbeitsplätze ersetzen, die jetzt in zahlreichen DDR-Industriebranchen kaputtzugehen drohen. Wenn ganze Industriestandorte (Chemie, Bergbau, Automobilindustrie u.a.) „plattgemacht“ werden, dann ist eine neue Übersiedlerwelle im Herbst wahrscheinlich, die alles bisherige in den Schatten stellen könnte.

Solange die DGB-Führung nicht einmal davon redet, daß die Tarife und Arbeitszeitregelungen der BRD sofort auch für die DDR gelten sollen, liegt es natürlich nahe, daß die Unternehmer das Gebiet der DDR als neues europäisches Billiglohn-Paradies betrachten. Es liegt auch im Interesse der Unternehmer, wenn sich die Arbeiterklasse spalten läßt - durch Ausländerhetze, Forderung nach Rückkehr der Frauen zu Küche und Kindern, durch Hetze auch gegen Übersiedler in der BRD.

Die in der DDR entstehende Massenarbeitslosigkeit in Millionenhöhe soll „abgedeckt“ werden. Wir als arbeitende Bevölkerung und Steuerzahler werden dafür zur Kasse gebeten. Nach Schätzung der SPD-Finanzexpertin Matthäus-Maier müssen Bund, Länder und Gemeinden für die zur Finanzierung vorgesehenen Kredite in Höhe von 95 Mrd. DM insgesamt 180 Mrd. DM Zinsen zahlen. Die Unternehmer, so wird in ihren Kreisen gefordert, sollen mit Steuererleichterungen und Investitionsanreizen beschenkt werden.

### Gegen Privatisierungen

Und dabei kostet schon jetzt die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in der BRD die Allgemeinheit, also uns, jedes Jahr 60 Mrd. DM! Auf der anderen Seite verschlingen Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Geheimdienste Jahr für Jahr viele Milliarden DM. Pro Jahr wie der „Jäger 90“ laufen un-

## Wer zahlt die Kosten der Einheit?

# Gemeinsam gegen Kohl und Kapital

sich gegen jede Privatisierung einsetzen und dafür sorgen, daß die Arbeiter in der DDR mit Hilfe von entsprechenden Spezialisten und Umweltschutzverbänden eine schonungslose Bestandsaufnahme der Lage ihrer „volkseigenen“ Betriebe erstellen. Auf dieser Grundlage könnte dann - unter Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung - ein Wiederaufbau veralteter

Betriebe bzw. die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in gesellschaftlich nützlichen Bereichen unternommen werden. Natürlich sollte auch modernste Technologie eingesetzt werden - nur nicht unter der Kontrolle westlicher Chefetagen! Eine solidarische Aufbauhilfe von unten statt Erpressung von oben!  
Fortsetzung siehe Seite 3

**Nicht Kohl - das Volk soll entscheiden!**



**Helft mit beim Aufbau einer sozialistischen Alternative! Spendet für VORAN!**

Kohl und die Bonner Unternehmerregierung meinen wohl, sie können sich alles leisten und den Arbeitern, den Frauen und der Jugend allherhand zumuten. Wir wollen denen da oben 'mal zeigen, daß sie sich gewaltig täuschen. Ein Programm für Arbeiterdemokratie und Sozialismus, gegen Unternehmer und Bürokraten - dafür werben wir in der Arbeiterbewegung. Unterstütze auch Du unseren Kampf! (siehe auf Seite 10)



**Frauen wehren sich**

- Mehr Kindertagesstätten!
- Weg mit § 218!

siehe auf Seiten 6 und 7

## Der Kommentar

### Nach den Landtagswahlen in NRW und Niedersachsen

Die SPD-Wahlsiege in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen haben gezeigt, daß trotz aller nationalen Propaganda die Anti-Kohl-Stimmung in der Bevölkerung wächst. Nach Töpfer im Saarland hat Kohl nun mit Blüm einen weiteren Minister seiner abgehalfterten Kabinetts-Riege reichlich ramponiert aus der Arena von Landtagswahlkämpfen zurückerhalten. Und auch die angebliche „Wunderwaffe“ Rita Süßmuth konnte in Niedersachsen nicht viel reißen. Kohls persönliche Auftritte waren in beiden Bundesländern mehrfach von Gegendemonstrationen beachtlichen Umfangs begleitet, wie sie zuletzt nur F.J. Strauß als Kanzlerkandidat 1980 provozierte.

Positiv ist auch zu vermerken, daß die Republikaner durchweg bescheidene Ergebnisse verzeichnen mußten. Paradoxerweise gerät gerade diese nationalistische Partei von Neonazis unter die Räder des Vereinigungszuges, weil ihr Protestwähler-Klientel – nicht zu Unrecht – befürchtet, die Kosten der Vereinigung tragen zu müssen. Die von Reps und Unionsparteien geschürte Ausländerfeindlichkeit überträgt sich auch auf die DDR-Deutschen.

Ähnlich wie z.B. die „Nationale Front“ in Frankreich haben die Reps sozial uneinheitlich zusammengesetzte und instabile Wählerschichten an sich gezogen, die keine feste soziale Basis bilden, was sich in starken Schwankungen ihrer Wahlergebnisse ausdrückt. Ihr derzeitiges Tief bedeutet jedoch nicht, daß die Reps (oder Parteien ähnlichen Typs) damit ein für alle Mal erledigt sind, wie manche voreilig behaupten. Wenn sich die sozialen Probleme weiter verschärfen und die SPD keine grundlegende Alternative aufzeigt, dann können sie im Gefolge der Vereinigung (Abwälzen der Kosten auf die schlechter gestellten Schichten in der BRD, Massenarbeitslosigkeit in der DDR) hüben wie drüben sprunghaft anwachsen. Die überdurchschnittlichen Rep-Ergebnisse in SPD-Hochburgen der Ruhrgebietsstädte und in Köln sind ein nicht zu übersehendes Warnzeichen.

Die SPD-Wahlsiege in NRW und Niedersachsen sind sicher Ansporn für SPD-Mitglieder und -Anhänger, sich mit aller Kraft in den kommenden Wahlen zu engagieren. Doch die SPD-Führung hat keinen Grund, sich selbstzufrieden zurückzulehnen. In beiden Bundesländern gab es die niedrigste Wahlbeteiligung seit Bestehen; in NRW verlor die Partei 300.000 Stimmen allein an die Nichtwähler. Selbst in Niedersachsen konnte sie nur magere 60.000 Stimmen dazugewinnen, obwohl die Serie von Affären und Skandalen der Albrecht-Regierung eigentlich einen haushohen SPD-Sieg ermöglicht hätte.

Das hängt vor allen Dingen damit zusammen, daß weder die Landes- noch die Bundesführung der Partei derzeit ein klares Profil erkennen läßt. Tiefpunkt der Wahlkampf-Strategie waren z.B. die Werbe-„Gags“ des SPD-Landesgeschäftsführers Bodo Hombach in NRW, die eher der CDU nützten. (Ein Plakat mit dem CDU-Slogan „Der Sozialismus geht. Wir kommen.“ Darunter die Konterleis von deMaizière (!) und Markus Meckel.)

Die Unterstützung der Führung der West-SPD für die Teilnahme der DDR-SPD an der Großen Koalition, die wiederholten Angebote Gerhard Schröders nach seinem Wahlsieg an die Adresse der FDP in Niedersachsen, die so gut wie kaum vorhandene SPD-Opposition in grundlegenden Fragen der Kohlschen Vereinigungspolitik – all das läßt Schlimmes für die Strategie der Parteiführung im kommenden bundes- oder gesamtdeutschen Wahlkampf befürchten.

Auch wenn Oskar Lafontaine sich in manchen Fragen querstellt, um eine allgrobe Anbiederung an die bürgerlichen Parteien zu verhindern, so stehen seine programmatischen Positionen auf zu schwachen Beinen. Im Grunde läuft seine Argumentation darauf hinaus, daß Kohl die wahren Kosten der Einheit verschweigt, während Lafontaine sie benennen will. Was nützt ist das eindeutige Bekenntnis zum Kampf gegen jede Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung.

#### Keine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien

Die CDU wird wahrscheinlich auch einen bundes- oder gesamtdeutschen Wahlkampf unter dem Motto „Freiheit/Einheit“ oder Sozialismus“ führen. Wenn die SPD-Spitze bei ihrer derzeitigen defensiven Schaukelpolitik bleibt, keine Alternativen im Interesse der arbeitenden Bevölkerung aufzeigt und es zuläßt, daß Stalinismus mit Sozialismus identifiziert wird, dann ist ein erneuter Wahlsieg der bürgerlichen Parteien wahrscheinlich. Was noch verheerender wäre: Wenn in den nächsten 12 bis 18 Monaten die Folgen der kapitalistischen Vereinigung zu Lasten breiter Teile der Bevölkerung durchschlagen und es zu großen sozialen Unruhen kommt, dann könnten Teile der Parteiführung sogar mit einer Großen Koalition „der nationalen Verantwortung“ in Gesamtdeutschland liebäugeln. Einer solchen katastrophalen Strategie müssen Parteibasis und Parteilinke schon heute energisch entgegensteuern. In den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen muß die kompromißlose Ablehnung der Kohlschen Politik, die Rücknahme aller sozialen Verschlechterungen der Regierung, drastische Abrüstung und Austritt aus der NATO, ein umfassendes Programm in den Bereichen Wohnungsbau, Bildung, Umwelt, Gesundheit und Soziales sowie eine klare antikapitalistische Stoßrichtung gestellt werden.

Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß es schon im Herbst zu größeren Kämpfen in der DDR und zu Unruhe in der Bevölkerung der BRD kommen wird. Unter dem Druck der Basis könnte sich in einer solchen Situation die SPD-Führung gezwungen sehen, stärker als bisher in Opposition zu gehen. Der entscheidende Faktor für die politischen Entwicklungen in der BRD sind die Folgen der Währungsunion für die DDR-Wirtschaft und die Reaktionen der DDR-Arbeiter.

Die Union hat derzeit nur noch eine absolute Mehrheit in Bayern. Die SPD dagegen in Bremen, Schleswig-Holstein, Saarland und NRW, sie ist die führende politische Kraft in Berlin, Hamburg und Niedersachsen. Auch bundesweit ist eine absolute SPD-Mehrheit bei einer kämpferischen Strategie und einem klaren Programm möglich.

## Schluß mit halbherzigem Lavieren

# SPD in die Offensive!

### Opposition gegen Angriffe der Unternehmer in der DDR nötig

**Kohl und Kapital sind dabei, auf dem Gebiet der DDR „über Nacht“ den Kapitalismus einzuführen. Sie nutzen die Hoffnungen der DDR-Bürger auf eine rasche Erhöhung ihres Lebensstandards dazu aus, um sich neue Gebiete zur Ausbeutung zu erschließen. Die jetzige Situation ist auf die 40jährige Herrschaft der stalinistischen SED-Bürokratie zurückzuführen sowie auf die Tatsache, daß die politische Revolution, die im letzten Jahr begann, kein klares Programm für einen demokratisch-sozialistischen Weg hatte.**

Die Herrschenden der BRD wären nicht so weit auf dem Weg der Wiederherstellung des Kapitalismus vorwärts gekommen, wenn nicht die SPD- und Gewerkschaftsführung so gut wie jegliche Opposition dagegen hätte vermissen lassen. Im Gegenteil, in vielen Fragen unterstützten sie sogar den grundlegenden Kurs der Bundesregierung oder beschränkten sich auf Forderungen zur „Nachbesserung“. Zustimmung zu Marktwirtschaft, Währungsunion und Konföderation auf dieser Grundlage wurde durch die SPD-Spitze schon frühzeitig signalisiert bzw. aktiv gefordert. Nur sozial, bitte schön, sollte das Ganze vor sich gehen. Auch die Ost-SPD wurde von Bonn aus auf diese Linie eingeschwo- ren. (Bei ihrer Gründung vertrat sie noch andere Positionen.)

Währungsunion, Privatisierung und marktwirtschaftliche Gesetze werden einer großen Schicht der DDR-Bevölkerung nach dem 1. Juli nur Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und niedrigen Lebensstandard bescheren. Eine Vereinigung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung – ja. Die Angliederung eines 16-Millionen-Marktes für Profiteure – nein. Aber genau Letzteres wird unter den derzeitigen Vorzeichen passieren. Bundesdeutsche Konzerne werden alles beherrschen, und die Arbeiter hüben wie drüben die Zeche zahlen lassen.

#### Nein zur Großen Koalition

Die SPD wird dafür mitverantwortlich gemacht werden, wenn sie nicht endlich einen grundlegenden Kurswechsel vollzieht und sich dieser Entwicklung massiv entgegenstemmt. Es war unverantwortlich, daß die Ost-SPD – vor allem auf Zuraten von Bonn – in die Große Koalition gegangen ist. Sie wird in der Koalition letzten Endes als Schutzschild von Kohls Politik benutzt und hat eh nichts zu melden.

licht man ihr durch die SPD-Regierungs-beteiligung, sich als einzige wirkliche Oppositionskraft darzustellen. Wenn sich auch ein festes Bündnis mit dieser stalinistischen Organisation verbietet, so werden aber inhaltliche Positionen in Sachfragen (z.B. Erhalt des Rechts auf Arbeit, Aussperungsverbot) nicht deswegen falsch, weil die PDS sie auch vertritt. Wir müssen für Arbeiterrechte kämpfen, auch wenn dies die PDS aus Opportunismus ebenfalls tut.

Vollkommen unangebracht ist dagegen eine Koalition mit der Allianz. Nachdem die Ost-CDU 40 Jahre lang

litionsbündnis mit diesen Gruselfiguren rechtfertigen?

Es wird für die SPD höchste Zeit, die Kohl-Regierung und ihre östliche Agentur sich selbst zu überlassen. Hüben wie drüben ist ein klarer SPD-Oppositionskurs im Interesse der arbeitenden Bevölkerung das Gebot der Stunde: Nein zur kapitalistischen Vereinigung, nein zum Anschluß nach Artikel 23. Die SPD-Bundesratsmehrheit muß zur kompromißlosen Ablehnung des Staatsvertrages genutzt werden.

#### Für eine demokratisch-sozialistische Alternative!

Gleichzeitig muß die SPD-Führung jetzt beginnen – auch als Auftakt für die kommenden Wahlen –, die Notwendigkeit einer demokratisch-sozialistischen Alternative zu erklären und damit den Kampf für eine Arbeiterdemokratie in Gesamtdeutschland aufnehmen:

– Bewahrung der demokratischen Erbschaften der DDR-Revolution



Streikende Schuharbeiter in Weißenfels, DDR.



Der Umstellungskurs von nun doch 1:1 sowie die kleineren sozialen Nachbesserungen am Staatsvertrag gehen vor allem auf das Konto der Welle von Warnstreiks und Protesten in der DDR. Mit einer offensiven und konsequenten Oppositionspolitik hätte die SPD diesen Protest und Widerstand gegen die asozialen Bonner Unterwerfungspläne wesentlich verbreitern und vertiefen können. Eine Auswirkung der SPD-Regierungsbeteiligung ist auch, daß sich die PDS die Rolle des „sozialen Gewissens“ aneignen konnte sowie das erneut äußerst bescheidene Abschneiden der SPD bei den DDR-Kommunalwahlen.

Gegenüber der PDS ist das Verhalten der Führung der Ost-SPD ohnehin äußerst merkwürdig: Einerseits Berührungängste, andererseits ermög-

der getreue Vasall der SED war, hat sie sich über Nacht zur Marionette Kohls gewendet – eine doppelt verkommene Partei! CDU-Wirtschaftsminister Pohl erhielt die SED-Auszeichnung „verdienter Aktivist“, ehe er nun seinen Sinn für das „freie Unternehmertum“ entdeckte. Der „liberale“ Justizminister Wünsche ist seit den 60er Jahren LDPD-Justizminister und hat u.a. die Niederschlagung des Prager Frühlings mitgetragen.

Entwicklungshilfe-Minister Ebeling saß noch vor kurzem im Kabinett Modrow, ehe er als DSU-Chef einen aggressiven antisozialistischen Wahlkampf führte. Innenminister Diestel wollte bei der Auflösung der Stasi ausgerechnet auf die Dienste ihres ehemaligen Chefs, Mischa Wolf, zurückgreifen. Wie kann die SPD-Spitze ihr Koa-

und Ausdehnung auf die BRD, z.B. Abschaffung aller Geheimdienste in Deutschland;

– gegen Sozialabbau und Kürzungen; Erhalt und Ausbau der flächendeckenden Kinderversorgung in der DDR; für das Recht der Frauen auf Abtreibung;

– kein Absenken des Lebensstandards in der DDR; gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West; garantiertes Mindesteinkommen von 1500 DM netto;

– gegen die Rückgabe von Grund und Boden an Privatbesitzer; keine Profitschinderei im Wohnungswesen;

– für Westlöhne im Osten und Ostmieten im Westen;

– gegen die Privatisierung der Schlüsselindustrien; die VEB's wirklich volkseigen werden lassen durch demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung;

– Rechenschaftspflicht und durchschnittlicher Facharbeiterlohn und Recht auf Abwahl aller gewählten Vertreter;

– weder stalinistische noch kapitalistische Privilegienwirtschaft;

– Kampf um die Ausdehnung des öffentlichen und demokratisch kontrollierten Eigentums an Konzernen auch auf die BRD;

– Arbeit für alle; für eine demokratische Planung der Produktion im Interesse der Bevölkerung und des Umweltschutzes, nicht des Profits.

Wenn den Arbeitern die Folgen der Währungsunion klar geworden sind, wenn die Illusionen in die Marktwirtschaft der Ernüchterung Platz machen, dann kann die SPD sehr schnell Mehrheiten für ein solches Programm gewinnen.

Angela Bankert, Köln  
Jungsozialistin

**VORAN**  
zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung  
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1  
Telefon 0221/134504

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstraße 26–28, 4300 Essen 11

Bankverbindung: Postgiroamt Essen, Kto.-Nr. 250059-430

# Weg mit dem Ausländergesetz! Ausländerfeindlichkeit stoppen!

Am 26. April wurde im Bundestag ein neues Ausländergesetz beschlossen, das einen großen Angriff auf 4,5 Millionen ausländische Mitbürger bedeutet. Der Koalition geht es in dem Gesetz nicht darum, die Einwanderung oder den Aufenthalt von Ausländern „vernünftig zu regeln“, wie sie vorgibt. Die eigentliche Absicht ist es, Ausländer in eine noch schwächere Position zu drängen, als sie schon sind, und sie zu einer leicht verfügbaren Masse zu machen.

Allein 100 Paragraphen, in denen immer wieder auf andere Paragraphen verwiesen wird, machen das Gesetz schwer verständlich und undurchschaubar. Die verschiedenen juristischen Definitionen (Aufenthaltsrecht, -befugnis, -bewilligung, -genehmigung, -verfestigung und schließlich die Aufenthaltsberechtigung, die aber noch einen anderen Stellenwert als die unbefristete Aufenthaltserlaubnis hat) tragen zu weiterer Verunsicherung bei.

Die Aufenthaltsberechtigung bekommt man nur noch, wenn man einen unbefristeten Arbeitsvertrag und eine „ausreichend“ große Wohnung vorweisen kann. Die Kosten sind von 60,- DM auf 250,- DM erhöht worden. Zugezogene Jugendliche müssen fünf Jahre in der BRD gearbeitet haben, um die Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Selbst für ein sechs Monate altes Kind muß eine Aufenthaltserlaubnis beantragt werden.

## „Ermessen der Behörde“

Wer Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe oder staatliche Hilfe für seine Kinder bezieht, (bei Beiträgen ab 10,- DM) oder wer in einer Notunterkunft untergebracht worden ist, kann mehr oder weniger schnell ausgewiesen werden. Hier, wie auch in anderen Gumparagraphen, ist das Schicksal ganzer Familien vom „Ermessen der Behörden“ abhängig.

Asylbeantragung soll erheblich erschwert werden. Kinder zum Beispiel, die ohne ihre Eltern in der BRD Schutz vor Krieg und Folter suchen, werden jetzt sofort an der Grenze zurückgeschickt. Der Ausländerbehörde müssen alle Daten der zuständigen Ämter durchgegeben werden; der Datenschutz ist für Ausländer abgeschafft worden.

Überhaupt die Vorstellung, bestimmte Menschen anders zu behandeln als andere und mit Sondergesetzen zu versehen, stammt noch aus der Kolonialzeit, als Kapitalisten mit der Begründung „andere Völker seien minderwertig“ die pure Ausbeutung und Ausplünderung ihrer Kolonien rechtfertigten. Dann brachten sie Arbeiter aus anderen Ländern. So führten sie nach und nach gesetzliche Maßnahmen ein, wonach der Unternehmer die Arbeiter je nach Gebrauch als billige Arbeitskräfte einsetzen konnte oder sie in Krisenzeiten ohne große Probleme wieder abschieben konnte.

Auch heute sind Ausländer für den

Kapitalisten nichts anderes als eine billige und flexible Reservearmee. Wenn er sie nicht mehr gebrauchen kann, wird eine Hetzpropaganda in Gang gesetzt, um Ängste in der Gesellschaft zu schüren. Ausländer werden zu Sündenböcken für alle sozialen Probleme gemacht, die von den Unternehmern hervorgerufen werden. Dabei verschweigen sie, daß nicht die „Ausländerschwemme“ für die sozialen Mißstände verantwortlich ist, sondern das System, welches Arbeitsplätze, Wohnungsbau und Umweltschutz nur dann fördert, wenn dabei Profite rauspringen.

## Spalte und herrsche

Das Vorhandensein von billigen und rechtlosen Arbeitskräften ist außerdem ein entscheidender Stützpfeiler ihres Systems. Kohl und die Unternehmer spielen deutsche Arbeiter gegen ausländische aus, unterteilen nochmal in Asylbewerber, Aussiedler und Übersiedler, Ausländer, EG-Ausländer usw., indem sie ihnen verschie-

dene Rechte zugestehen, alles nur, um die Arbeiter zu spalten. Gesetze wie das neue Ausländergesetz greifen jeden Einzelnen an. Sie schwächen die Solidarität aller Gegner des Kapitals und bremsen damit auch einen wirkungsvollen Widerstand gegen die Angriffe der Kohl-Regierung.

Es geht hier um mehr als nur um Ausländerfeindlichkeit oder Vorurteilen von Deutschen gegenüber fremden Völkern, wie viele „Linke“ meinen. Es ist auch ein denkbar schwacher Ansatz, mit Mitleid und moralischen Appellen um ein „humanes Ausländergesetz“ zu bitten. Dieses Gesetz ist so gefährlich, da es Rassismus, also Ungleichbehandlung und Unterdrückung vorschreibt und gesetzlich verankert.

## Gegen jedes Ausländergesetz

Die Linke darf hier nicht in die Defensive gehen. In Krisenzeiten können rassistische Ideen eine breitere Anhängerschaft gewinnen, vor allen Dingen, wenn es keine Gegenstimme mit einem klaren sozialistischen Standpunkt gibt. Welche barbarischen Ausmaße dies im Extremfall nehmen kann, zeigen die 30er Jahre deutlich auf. Wir sind gegen jedes Ausländergesetz, da so Rassismus zu einer staatlichen Einrichtung gemacht wird. Ein solches Gesetz bildet nur die Vorstufe zur weiteren gesetzlichen Unterdrückung bestimmter Gruppen, wie Homosexuellen,



„Ausreichender Wohnraum“ – wie vom neuen Gesetz verlangt – würde bei dieser fünfköpfigen Familie bis zu 105qm bedeuten; bei den heutigen Mietpreisen kaum zu bezahlen.

Rentnern, Arbeitslosen, Frauen, Jugendlichen usw. Dieser Politik müssen wir aufs Schärfste entgegenreten.

Wir müssen uns in DGB und SPD organisieren und politische Kampagnen durchsetzen, die solche rassistische Tendenzen im Keim ersticken. Entweder kämpfen wir für uneinge-

schränkte Gleichbehandlung auf allen Ebenen, oder wir teilen die Menschen in 1. und 2. Klasse ein und behandeln sie nach Sondergesetzen. „Ein bißchen“ Gleichberechtigung gibt es nicht!

Kim Oppenoorth, Aachen  
Jungsozialist

## Fortsetzung von Seite 1

# Gemeinsam gegen Kohl und Kapital!

Für den Fall, daß es zu heftigen Streiks, Demonstrationen und Betriebsbesetzungen kommt, hat DDR-Innenminister Diestel (DSU) schon Vorsorge getroffen. Mit Hilfe von modernsten westlichen Ausrüstungsgegenständen und altstalinistischen Apparatschiks (wie dem zum Staatssekretär ernannten Ex-SED-Polizeichef von Karl-Marx-Stadt) soll die „Volkspolizei“ hochgerüstet werden, um „notfalls“ revoltierende Arbeiter niederzuknüppeln.

SPD und DGB müssen „die Notbremse ziehen“ und sofort aus dem von Kohl geführten Zug der kapitalistischen Vereinigung aussteigen. Gewerkschafter und aktive SPD-Mitglieder in der BRD haben nicht jahrelang für Recht auf Arbeit und angemessene Wohnung, Aussperrungsverbot, Ausbau der Sozialleistungen, konsequente Abrüstung, Fristenlösung bei Schwangerschaftsabbruch, gegen die Bspitzelung durch Geheimdienste und gegen die Privatisierung staatlicher Betriebe und Dienstleistungen gekämpft, um sich jetzt unter Mithilfe der eigenen Führung einen gesamtdeutschen bürgerlichen Staat ganz nach Unternehmerart aufdrücken zu lassen.

Einzig und allein die Bevölkerung der DDR hat den Stalinismus abgeschüttelt. Jetzt soll das Volk der DDR und BRD selbst über die Zukunft entscheiden: Für die demokratische Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung in DDR und BRD! Für eine SPD-Mehrheit auf der Grundlage eines demokratisch-sozialistischen Programms! Kein Anschluß der DDR nach Artikel 23.

## Arbeiterdemokratie in ganz Deutschland

Kohls Überrumpelungsmanöver und das arrogante Vordringen des westdeutschen Kapitals in der DDR machen deutlich, daß echte Demokratie unvereinbar ist mit der Herrschaft weniger Großkonzerne, Banken und Versicherungen über Wirtschaft und

Staat. Eine Vereinigung von BRD und DDR kann nur dann im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend liegen, wenn die Schaltstellen der wirtschaftlichen Macht dem privaten Kapital entrissen und von der arbeitenden Bevölkerung demokratisch kontrolliert und verwaltet werden: Keine Privatisierung in Ost und West! Für die Ausweitung des öffentlichen Sektors durch Verstaatlichung der 200 größten Industrieunternehmen, Banken und Versicherungsgesellschaften in der BRD! Auf dieser Grundlage demokratische Rahmenplanung nach den Bedürfnissen der Menschen und den Notwendigkeiten des Umweltschutzes – nicht nach dem Profit einer verschwindend kleinen Kapitalistenklasse.

SPD- und DGB-Führung sollten jetzt den Kampf gegen Kohl und Kapital aufnehmen. Durch den notwendigen Austritt der Ost-SPD aus der Großen Koalition könnte sich die Partei in der DDR enorm stärken. Gebremst werden dürfen die SPD- und Gewerkschaftsmitglieder in der DDR aber nicht dadurch, daß unsere Führungen in der BRD gegen ein gleichberechtigtes Zusammengehen der Organisationen eintreten und die DDR-SPD und -Gewerkschaft wie nach Artikel 23 behandeln!

In der SPD könnte sofort ein Sonderparteitag einberufen werden, damit die von der Basis bestellten Delegierten und nicht einfach Vorstand und Fraktion den Kurs der Partei bestimmen. Keine Große Koalition in Ost und West! Keine Koalitionen mit CDU/CSU oder FDP in Bund, Ländern und Kommunalparlamenten! Für einen einheitlichen Widerstand der SPD-regierten Länder, Großstädte und Landkreise gegen die Abwälzung der „Kosten der Einheit“ auf die Rücken der arbeitenden Bevölkerung, der Länder und Gemeinden! Zeigt Kohl die rote Karte!

Hans-Gerd Öfinger, Wiesbaden  
Jungsozialist



Demonstration gegen die Anti-Ausländer-Politik der Kohl-Regierung.

# Müllverbrennung Proteste in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg erstickt wie die gesamte BRD im Müll aller Art – Hausmüll, Industrie- und Sondermüll. Es ist die Rechnung für allein profitorientierte Produktion – an den Bedürfnissen von Mensch und Natur vorbei.

Hierzulande gibt es eine beachtliche Bewegung gegen die aktuelle Müllpolitik, besonders aber gegen einen speziellen Teil davon: die Müllverbrennung und die Sondermüllpolitik. Die Situation ist die: Im Land wächst derzeit der Müll um jährlich etwa 1,5%. Da man sich weder in Bund noch Ländern beherzte Schritte zur Einschränkung sinnloser Produktion und Müllsortierung/-wiederverwertung herantraut, bastelt man allerorten an Notmaßnahmen. In Baden-Württemberg können nämlich nur noch wenige Gemeinden Abfallentsorgungspläne aufzeigen, die über die nächsten zehn Jahre hinaus genügen. Dann sind die Deponien voll. Das gilt für den normalen Müll.

Dazu kommt der Sondermüll: Bis 1987 gab es für Baden-Württemberg keine verbindlichen Sonderabfallentsorgungspläne. Doch allein 70.000

mehr, als derzeit die Skandale um Altlasten in aufgegebenen Industriebetrieben und Deponien zunehmen. Bis 1973 gab's schließlich nicht mal Bundesgesetze für eine geordnete Abfallentsorgung. Inzwischen baut man mit Hochdruck einige Zwischenlager, forciert die normale Müllverbrennung und versucht, wenigstens zwei Sondermüll - Hochtemperaturverbrennungsöfen durchzusetzen.

Doch an allen angepeilten Standorten regt sich breiter Widerstand. In Kehl am Rhein gibt es seit langem anhaltenden Widerstand gegen das praktisch beschlossene Projekt. Diesen Februar kündigte Vetter, Umweltminister im Land, drei weitere mögliche Standorte an: Bei Kupferzell (Hohenlohekreis), Hüttlingen (Ostalbkreis) und Dagersheim (bei Böblingen). Am 10. März demonstrierten in Aalen 20.000 Menschen bei Sturm und Regen dagegen – die größte Demo seit Jahren in dieser ländlichen Region. Ebenso drei Wochen später in Kupferzell: wieder 20.000. Am 28. April trafen sich dann rund 50.000 in Stuttgart zu landesweitem Protest.

Es war eine der buntesten Demonstrationen seit langem. Die Teilneh-

mer(innen) kamen überwiegend aus ländlichen Regionen, und alle Altersgruppen waren gleichermaßen vertreten mit liebevoll gemalten Transparenten und oft bissigen Sprüchen gegen die Landesregierung. Tenor aller Sprüche: Müll vermeiden – nicht verbrennen!

Charakteristisch für den Umgang der Behörden und Politiker mit Protesten aus dem Volk war schon der Auftakt der Demonstration: Vom Tor des Hauptbahnhofes weg ging es geradewegs zwischen die völlig toten Gleise des Güterbahnhofes – eine Stunde lang marschierten 50.000 Menschen mit all ihren Sprüchen und Forderungen zum Erhalt unserer Umwelt durch menschenleeres Gebiet.

Unter Demonstranten und Rednern herrschte völlig Einigkeit in Sachen Sondermüllpolitik und Müllverbrennung: Solange die Regierung keine Maßnahmen zur Müllvermeidung, -sortierung und Wiederverwertung durchführen, gibt es in weiten Kreisen der Bevölkerung keine Offenheit für Verbrennungskonzepte.

Otto Wanner, Stuttgart  
Mitglied des Juso-Kreisvorstandes



Anti-Stasi-Protest. Kohl und de Maizière allerdings wollen sich die ausgebildeten Volksfeinde der Stasi warmhalten.



# Jugend für Sozialismus...

Bundeskongreß der Jungsozialisten in München

## Die Jusos brauchen frischen Wind von links

Ende April fand der diesjährige Juso-Bundeskongreß statt. Mit der Wiederwahl von Susi Möbbeck zur Bundesvorsitzenden dokumentierten die Delegierten zwar, daß sie auch weiterhin einen linken, parteikritischen Kurs fahren wollen. Aber die Probleme im Verband sind unübersehbar: Mitgliederschwund, Bedeutungslosigkeit in Öffentlichkeit und Partei, Kampagnenunfähigkeit und politische Verwirrung gegenüber den Ereignissen in Osteuropa.

Insgesamt war ein Zusammenrücken der beiden großen Strömungen im Verband, des Hannoveraner Kreises (HK) und der Reformsozialisten festzustellen. Teile des HKs (einschließlich der Bundesvorsitzenden) sind im Vergleich zu ihren früheren politischen Standpunkten nach rechts geschwenkt. Insofern ist es geradezu geschmeichelt, wenn die bürgerliche Presse berichtet, mit der Wahl Susi Möbbecks hätte sich eine Marxistin durchgesetzt.

### „Fortschritt 90“

Auch die Haltung gegenüber der Mutterpartei wird immer gemäßigter. Zwar wurde kritisch angemerkt, daß das Regierungsprogramm Oskar Lafontaines („Fortschritt 90“) von „Aufkommensneutralität“ ausgeht (d.h., alle Reformversprechen müssen im Rahmen der bestehenden Verhältnisse finanzierbar sein) und die soziale Min-

destsicherung gestrichen wurde. Aber grundlegende Alternativen zur SPD-Politik wurden wenig aufgezeigt.

Obwohl von den großen Strömungen grundsätzlich befürwortet, gab es über die „Öko-Steuer“ kontroverse Diskussionen. Die Reformsozialisten möchten diese sofort einführen und wollen z.B. den Benzinpreis durch Steuern drastisch erhöhen. Der HK hielt dagegen, daß die Steuer nur im Zusammenhang mit Alternativen, wie Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, eingeführt werden könnte. Grundlegende Kritik am Konzept der „Öko-Steuer“ kam nur von südbayerischen Delegierten und VORAN-Unterstützern. Sie würde bedeuten, daß die Masse der Verbraucher, also die Lohnabhängigen, tiefer in die Tasche greifen müßte. In einem Verkehrssystem, welches von den großen Auto- und Mineralölkonzernen und den ihnen hörigen Politikern bestimmt

wird, gibt es keine Alternative zum PKW. Arbeiter, Studenten und andere müßten höhere Steuern zahlen, ohne dadurch den Verkehr ökologischer oder sicherer zu machen.

### Deutschlandpolitik

In der deutschlandpolitischen Debatte ging es sowohl für die Reformsozialisten als auch für Teile des HKs nicht mehr um die Verteidigung



Bundeskongreß '90: Marxisten schließen Frieden mit der Marktwirtschaft.

grundlegender sozialistischer Positionen in Bezug auf die DDR. „Der Zug der Einheit“ sei abgefahren, und nun müsse man die „soziale Abfederung“ mitgestalten. Aber wenigstens gegen eine Große Koalition hüben wie drüben sprachen sich die West-Jusos wie auch Vertreter der Ost-Jusos aus.

Alle herrschenden Strömungen sind – in unterschiedlichem Maße – davon überzeugt, daß Marktwirtschaft notwendig und überlegen sei. Verteidigung der Planwirtschaft, das Gemeineigentum an Produktionsmitteln, hohe Arbeitsproduktivität und umfassende demokratische Kontrolle in allen gesellschaftlichen Bereichen als Voraussetzung für Sozialismus, Sozialismus nicht als Utopie, sondern als Notwendigkeit – diese Positionen wurden nur von VORAN-Unterstützern vertreten.

### Frauen

Beim Thema Frauen mußten auch Mitglieder des Bundesvorstandes eingestehen, daß die ZOFF-Kampagne (Zukunftsoffensive für Frauen) vom letzten Jahr insgesamt ein Mißerfolg war.

VORAN-Unterstützerinnen schlugen vor, bei Kämpfen wie dem Berliner KiTa-Streik stärker einzugreifen und solche Erfahrungen bundesweit zu verbreiten und zu helfen. Sie kritisierten, daß das trotz vieler schöner Worte über Frauenpolitik nicht gelaufen ist. Dazu merkte ein Reformist äußerst unpassend an, „man könne doch nicht jeden Streik unterstützen!“ Positiv zu bemerken ist, daß ein beschlossener Antrag vorsieht, die bundeswei-

te Demo gegen den §218 am 16. Juni in Bonn zu unterstützen und dafür auch den eigenen Verband zu mobilisieren.

### Duisburger Kreis

Viel Aufmerksamkeit im Vorfeld des Kongresses erreichte eine neue Strömung bei den Jungsozialisten, der sogenannte Duisburger Kreis. Diese Strömung junger Sozialdemokraten möchte die Jusos nicht mehr als sozialistischen Richtungsverband sehen, sondern als angepaßte Nachwuchsorganisation der Partei. Sie befürwortet die Marktwirtschaft ohne Wenn und Aber und arbeitet eng mit der Partei-rechten zusammen. Doch auf dem Kongreß selbst brachten sie kaum inhaltliche Positionen vor, zogen einen Teil ihrer Anträge ebenso zurück wie die Kandidatur ihres Vertreters für den Bundesvorsitz, Ferhart Cato, wohl auch in der Erkenntnis, daß nur eine Handvoll Delegierter für ihn gestimmt hätte.

Mit ihrem Anspruch, die „schweigende Mehrheit“ der Jusos zu vertreten, entpuppten sie sich zumindest für dieses Mal als politische Schaumschläger, die mehr an ihre Zukunft in der Partei als an eine Alternative für die Jugend denken.

Angela Bankert, Köln  
SPD-Mitglied

## Bericht vom Kongreß

Mein Eindruck von meinem ersten Bundeskongreß ist ziemlich durchwachsen. Die Tagesordnung hatte zu viele Punkte, die wegen Zeitmangel nicht behandelt werden konnten. Diskussionen verliefen bis spät in die Nacht. Niemand der Anwesenden konnte sich noch um 1.00 Uhr mit dem vorliegenden Thema ernsthaft beschäftigen. Die Anzahl der Änderungs- und Initiativanträge war viel zu hoch.

Diskussionsbeiträge waren oftmals interessant. Einige Redner wiederholten gerade Gesagtes nur, um auch etwas preisgeben zu haben. Die Redebeiträge waren oft lang, jedoch konnte man so gut wie nie konkrete Vorschläge für Aktivitäten der Jusos heraushören. Gestellte Anträge waren meiner Meinung nach nicht zur Durchführung gedacht, sondern einfach nur

zum Vorzeigen, da keine Anhaltspunkte für die praktische Umsetzung angegeben wurden.

Über die Deutschlanddebatte war ich enttäuscht. Es ist wirklich ein trauriges Bild, daß die Jusos keine beschlossene Steilung zur Deutschlandpolitik haben. Erst im Herbst diesen Jahres werden sich die Jusos dazu öffentlich äußern. Einfach zu spät für eine große politische Organisation.

Der Rechtsrutsch der Jusos ist nicht zu übersehen. Deshalb hat mich der Bundeskongreß ermutigt, daß wir Marxisten unsere Ideen stärker verbreiten. Wir sind die einzigen, die immer noch zu unseren Forderungen stehen und nicht wie die jetzige Mehrheit der Jusos sprichwörtlich im Dunkeln tappen.

Claudia Weigelt, Bremerhaven  
Delegierte LV Bremen

## Aus dem Juso-Verband

### Gute Perspektiven für die Juso-Arbeit in Kassel nach der Unterbezirkswahl

Das neue Juso-Unterbezirkskollektiv in Kassel setzt sich jetzt mehrheitlich aus VORAN-Unterstützern zusammen. Nach einer formalen Anfechtung der Wahlen im März (siehe VORAN Nr. 120), die auch politische Gründe hatte (die alte Mehrheit aus dem Spektrum des Göttinger Kreises wurde abgelöst), mußte am 12. Mai in Kassel neu gewählt werden.

Die politische Arbeit in diesen zwei Monaten seit März konnte trotz Behinderung durch die Anfechtung Erfolge vorweisen: Durch außenorientierte Arbeit (Veranstaltung zum Thema DDR, 1. Mai-Beteiligung usw.) vor allem der Juso-Agen West und Wehlheiden konnten viele neue Jugendliche für die Arbeit begeistert werden, was auch die Beteiligung an der Jahreshauptversammlung zeigt.

### Heinsberg, wo ist denn das?

Ziemlich westlich im Bezirk Mittelrhein gibt es einen Unterbezirk namens Heinsberg. Es handelt sich um einen ländlichen Kreis, der kaum Industrie besitzt. Hier streicht die CDU noch kräftige Mehrheiten ein, auch wenn die SPD in den letzten Wahlen deutlich dazu gewinnen konnte. Die größte politische Herausforderung im UB Heinsberg ist der Erhalt der Zeche Sophia Jacoba in Hückelhoven, die als größter Arbeitgeber/Ausbilder lebensnotwendig für den Kreis Heinsberg ist.

Die Situation im Kreis Heinsberg für die Jugendlichen ist echt mies – es gibt nur 2 oder 3 echt gute Disotheken, und diese sind (natürlich) für die meisten kaum zu erreichen.

70 Besucher waren da, davon 58 stimmberechtigte Jusos.

Durch die Teilnahme an Warnstreiks der IG Metall und durch die aktive Arbeit im DGB-„Jugendbündnis zur 35-Stunden-Woche“ war es möglich, gute Kontakte zu Gewerkschaftern zu knüpfen. In einem Antrag zur weiteren Juso-Arbeit wurde beschlossen, diese Orientierung auf Arbeiterinnen und Arbeiter zu vertiefen. Die Arbeit in der SPD soll verstärkt und eine engere Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen angestrebt werden. Eine Mobilisierung zur Demonstration gegen den § 218 am 16. Juni in Bonn soll ein erster Aktionshöhepunkt der Frauenkampagne sein. Alles in allem läßt sich also sowohl eine positive Bilanz der Arbeit der letzten Monate ziehen als auch feststellen, daß die Grundlage für eine konsequente sozialistische Juso-Arbeit in Kassel so gut wie seit langem nicht mehr ist.

Lorenz Blume, Kassel  
Jungsozialist

Jusomäßig läuft im UB Heinsberg auch nicht gerade viel, was auch nicht zuletzt auf den Arbeitsstil der praktisch ausschließlich aus „Undogmatischen“ bestehenden AGen zurückzuführen ist. Wichtige Themen wie Wohnungsnot oder die drohende Stilllegung von Sophia-Jacoba werden nicht behandelt. So können die Heinsberger Jusos ihrem Anspruch, für Jugendliche zu kämpfen, nicht gerecht werden. Aber das muß sich ändern! Deshalb brauchen wir gerade hier im UB Heinsberg eine starke marxistische Strömung, damit auch hier endlich die Jusos beginnen, für den Sozialismus zu kämpfen. Aufgrund des Versagens der bisher ununterbrochenen absoluten CDU-Mehrheit im Kreistag und vielen Gemeinden ist es dringend: VORAN zur sozialistischen Demokratie.

Sven Lütke-meier, Erkelenz  
Jungsozialist und Falke

## Junge Sozialdemokraten in der DDR Heftige Kritik an der „Großen Koalition“

VORAN-Interview mit Thorsten Kattérwe, SPD-Mitglied und Vorsitzender der Jungen Sozialdemokraten im Kreis Rudolstadt (Thüringen, Bezirk Gera)

Was hast Du im Wahlkampf für Erfahrungen gemacht?

Ich war nicht ganz zufrieden damit, daß unsere Schwesterpartei in der Bundesrepublik die Wahlkampfthemen wesentlich bestimmt hat. Auf der hohen Ebene, in Berlin, wurde der Wahlkampf von der bundesdeutschen SPD gemanagt. Die Mitglieder in niedrigerer Ebene wurden als zweite Schicht dabei zurückgestellt. Ich persönlich hätte es besser gefunden, wenn wir den Wahlkampfthemen selbst hätten bestimmen und führen können. Die praktische und materielle Hilfe, die wir bekommen haben, war aber sehr nützlich.

Der Wahlkampf in der DDR verlief oft diffamierend und unfair. Sehr unsauber waren vor allem politische Angriffe in Form von Fehlinterpretationen und Verzerrungen von Aussagen und Losungen bestimmter SPD-Persönlichkeiten durch die DSU. Bei uns in Rudolstadt wurden wir oft beim Plakatanbringen und Werben von Sympathisanten rechterer Parteien stark belästigt und beschimpft, was nicht meinem Demokratieverständnis entspricht. Manchmal war es sogar gefährlich, für uns Wahlkampf und Werbung zu führen, aber trotzdem ha-

ben wir versucht, so viel wie möglich zu leisten.

Mir ist bekannt, daß solche Menschen Angehörige ihrer Familien, meist deren Kinder, beauftragten, Plakate der Sozialdemokraten zu entfernen bzw. unkenntlich zu machen, was auch ständig, vor allem bei Dunkelheit, geschah. Diese Tatsache erschwerte natürlich unsere Arbeit.

Wie stehen die SPD-Mitglieder zur „Großen Koalition“?

Die sogenannte „Große Koalition“ hat in der Partei zu heftiger Kritik und sogar zu einer Spaltung der Grundansichten und damit in gewisser Weise der Partei geführt. Die einen sind für eine Koalition, weil sie meinen, daß eine Regierungsbeteiligung der SPD für alle in der DDR nützlich ist. Die anderen sind von der Führung der SPD, die unter anderem durch Markus Meckel und Richard Schröder verkörpert wird, enttäuscht, weil dadurch Wahlkampfversprechen, vor allem jenes, mit der DSU nicht zu koalieren, nicht eingehalten wurden. So stehen sich jetzt Zustimmung und Enttäuschung gegenüber. Mir ist bekannt, daß es deshalb eine Vielzahl von Kündigungen der Mitgliedschaft gegeben hat. Während der Koalitionsverhand-

lungen war die Parteispitze von Anfang an gegen eine Koalition, in die die DSU eingeschlossen ist. In der Fraktion, dem Parteivorstand und -rat gab es wesentliche Gegenstimmen. Ich habe den Eindruck, daß hier sehr stark um bestimmte Ministerposten gerangelt und gekämpft wurde, wenn es sein mußte, auch gegen die Mehrheit. Dies wird hoffentlich auch Konsequenzen auf dem Sonderparteitag im Juni haben – harte Diskussionen sind sicherlich zu erwarten. Wir müssen jetzt unsere Minister bei ihrer Arbeit kritisch verfolgen und darauf achten, daß sie den Kontakt zur Basis nicht verlieren.

Wie stehen die Jusos in der DDR zur Koalitionsfrage?

Wie Du weißt, sind die Jungen Sozialdemokraten in der DDR noch ein parteiunabhängiger, aber der SPD sehr nahestehender Verband. Es gibt, ähnlich wie in der Partei, verschiedene Meinungen. Der überwiegende Teil aber, so mein Eindruck, spricht sich konsequent gegen die Koalition aus. Gerade an der Basis ist man sehr unzufrieden. Offenbar müssen wir alle erst noch lernen, richtig mit Demokratie umzugehen.

Was wird geschehen, wenn den Allianz-Wählern deutlich wird, daß ihre Hoffnungen nicht erfüllt werden?

Mein Eindruck der letzten Wochen ist, daß viele Wähler bei uns in der DDR nicht mehr mit den Handlungen der entsprechenden Allianz-Parteien zufrieden sind. Jetzt kommt das böse Erwachen. Die Menschen merken, daß die Allianz eine große Menge ihrer Versprechen nicht einhalten kann. Die Unzufriedenheit dehnt sich über die verschiedensten Problemaspekte aus. Das werden die nächsten Wahlen auch zeigen. Ein Teil der enttäuschten Allianz-Wähler wird sicher zur SPD überwechseln.

# Punk und Trash Musik gegen das Ausbeutersystem

Immer wieder hört man von Punk- oder Trash-Konzerten, nach denen die Konzerthallen ein „einziges Trümmerhaufen“ sind und auch angeblich nicht jeder Fan heil nach Hause gekommen sein soll. So sieht dann auch das einschlägige Image dieser Rockart in der breiten Öffentlichkeit aus. Viele verstehen nicht, woher und aus welchem Grund diese Musik und ihre Anhänger eine solche Aggressivität zeigen. Um dies zu verstehen, ist es notwendig, sich die Entstehungsgeschichte dieser Rockart vor Augen zu führen.

Mitte der 70er Jahre befand sich England in einer schweren Wirtschaftskrise. Viele Jugendliche versuchten, den Problemen, die durch diese Situation auf sie zukamen, auszuweichen, und flüchteten in die Welt der Drogen und des Alkohols. Während es der Schicht der Unternehmer gut ging, lebten viele Jugendliche im Dreck. Das konnte nicht gutgehen, und als Antwort auf die sozialen Unsicherheiten schlossen sich viele Jugendliche einer „Revolution“ an, die von den „Sex Pistols“ in London ins Leben gerufen wurde: dem Punk.

## Ventil für den Haß

Mit einem Schlag verbreitete sich diese revolutionäre Musik in ganz Europa. Viele Jugendliche empfanden den Punk als die einzige Befreiungsmöglichkeit aus ihren sozialen Problemen. Durch ihre Kleidung und ihre Musik (Punk bedeutet soviel wie Abschaum, Dreck, das letzte vom letzten) hatten sie sich ein Ventil geschaffen, mit dem sie ihre Wut über die Gesellschaft und all ihre Probleme ablassen

konnten (und noch immer können). Die Perspektivlosigkeit dieser Jugendlichen merkt man vor allem daran, daß, obwohl der Punk keine politischen Ziele verfolgt, viele Punks der Utopie der Anarchie anhängen.

Nachdem die Blütezeit der Punk-Ära Anfang der 80er Jahre langsam vorüber ging (mit Gruppen wie: Dead Kennedys, The Exploited, The Meteors, Clash, G.B.H. etc.), wurde ein



Die US-Gruppe „Ramones“ – eine der Begründer der Punk-Musik.

Großteil dieses Musikstils von den Unternehmern der deutschen Plattenindustrie zum „Fun-Punk“ umgemodelt, die revolutionäre Musik in die Hitparaden, ins Lächerliche gezogen.

Ehemalige independent (engl.: unabhängig, frei) Punkbands bekamen plötzlich Plattenverträge bei irgendwelchen großen Musikkonzerten angeboten, bekamen ein neues, witzigeres Aussehen. Das war – wie sich später herausstellte – der Anfang von ihrem Ende. Doch damit hatte die Industrie den Kampf noch nicht gewonnen, denn die Arbeiterjugend brach auf zu neuen musikalischen Ufern.

## Revolution mit Schrott

Viele Jugendliche suchten neben dem Punk nach einer neuen, noch aggressiveren Musik, denn die sozialen Probleme blieben bestehen. In dieser Zeit (ca. '85) entstand z.B. in den Arbeitervierteln des Ruhrgebietes ein neuer Musikstil: stark geprägt von Heavy-Metal und Punk entstand der Trash (engl.: Schrott). Er ist noch aggressiver, dröhnender und chaotischer als der Punk, und ist für viele Jugendliche die einzige Antwort auf die versuchte Spaltung der Arbeiterjugend durch die Unternehmer.

Genauso wie der Punk verfolgt der Trash kein bestimmtes politisches Ziel, sondern dient lediglich als Ausdrucksmittel für den Haß auf diese Gesellschaft und ihre Probleme. Genauso wie der Punk (und übrigens auch die gesamte Rockmusik, vom Rock'n Roll bis zum Rap) muß der Trash als eine Revolution betrachtet werden. Viele Trash- und Punk-Bands drucken ihre Platten independent, das heißt, daß sie nicht bei großen Musikkonzerten unter Vertrag stehen, son-

dern bei kleinen, meist von anderen Musikern selbstverwalteten Firmen. Dies ist für sie oft die einzige Möglichkeit, ihre Musik zu verkaufen, denn die Unternehmer legen alles daran, dieser Musik möglichst viele Hürden in den Weg zu legen. Wenn man nicht gerade zu den Reichen dieser Welt gehört, steht man schon bei ganz banalen Dingen wie vor einer unüberwindlichen Mauer.

Fragt man zum Beispiel bei den zuständigen Behörden für einen Proberaum nach, so wird man erst mal auf eine Warteliste gesetzt, auf der noch ca. 50 andere Bands stehen. Auf diese

der Unternehmer. Einerseits aus reiner Profitgier und andererseits aus purer Angst hemmen sie die Musikkultur der Arbeiterjugend. Sie wissen, daß diese Bands mit ihrer Musik die Arbeiterjugend zusammenhalten können, ja sie sogar vorantreiben können. Deshalb versuchen sie, diese revolutionäre Musik zu hemmen, ja sogar sie zu zerstören.

Doch das dürfen wir nicht zulassen. Eine Forderung im Kampf gegen dieses System der Ausbeutung muß die Verstaatlichung der Plattenindustrie sowie die Verstaatlichung aller großen Konzerne unter Arbeiterkontrolle



Konzert der „Gorilla Biscuits“, einer „Hardcore“-Gruppe.

Weise werden Spekulanten wieder alle Türen geöffnet: So kostet es z.B. ungefähr 40 DM die Stunde, um in einem stinkigen Kellerloch eine Bandprobe abzuhalten. Dabei ist dann aber noch nicht einmal gewährleistet, daß eroberte Nachbarn sich nicht beschweren kommen.

## Musik ist eine Waffe

Bei einer solchen Sachlage ist es dann auch nicht verwunderlich, daß, obwohl es in der BRD ein großes Potential an Trash- und Punk-Bands gibt, es nur wenige schaffen, ihre Musik überregional als Platten zu verkaufen. Dies liegt auch voll im Interesse

überhaupt sein. Als zweites müssen mehr finanzielle Hilfen an kleinere Independent-Firmen und an die Bands gehen. Es muß sichergestellt sein, daß genügend Proberäume vorhanden sind, die zu Festpreisen vermietet werden können. Das soll natürlich für Musiker aller Musikrichtungen gelten.

Wir müssen kämpfen, damit wir unsere Musik nicht an profitgierige Unternehmer abtreten müssen. Kämpft auch Du mit bei den Jusos, damit die Jugend ihre Musik mit all ihren Besonderheiten nicht verliert, denn sie ist für uns eine Waffe im Kampf für einen demokratischen Arbeiterstaat.

Andreas Collin, Aachen/Würselen

# Demo gegen Rassismus

Am 26. April fand in Bremerhaven eine Demo gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus statt. Anlaß war ein Brandanschlag auf ein Wohnheim für Flüchtlinge in der Nacht vom 13. auf den 14. April.

Der Bremerhavener Sozialamtsmitarbeiter Kammel „spekulierte“ skandalöserweise, daß die Flüchtlinge den Brandanschlag auf ihr Wohnheim selbst verübt hätten, um auf die Zustände in dem Haus aufmerksam zu machen. Die Polizei behauptete, nicht zu wissen, aus welchem politischen Lager die Täter kämen.

Um gegen den Brandanschlag, der vielleicht auch von Faschisten verübt wurde, und die Haltung von Polizei und Sozialamt zu protestieren, beschloß die Juso-AG Alt-Lehe/Lehe-Nord, eine Demonstration zu organisieren. Der „Demokratische Arbeiterverein der Türkei“ und die Autonomen Antifaschisten wurden angesprochen und beteiligten sich an der Demo. Zur Mobilisierung wurden in Kneipen und an Schulen ca. 1000 Flugblätter verteilt. Eine Presseerklärung wurde an die „Nordsee-Zeitung“ gegeben. An den großen Schulen wurde plakatiert.

Trotz der kurzen Vorbereitungsphase (eine Woche) kamen immerhin 150 Demonstranten. Der Marsch ging durch die Fußgängerzone, an deren Ende eine Kundgebung stattfand. Als erstes redete ein Sprecher der Autono-

men. Der Redner der Jusos (Claus Ludwig) sagte: „Der Rassismus nützt gewiss Leuten. Er dient zur Ablenkung. Wenn sich die ‚kleinen Leute‘, also die Lohnabhängigen, gegeneinander aufhetzen lassen und sich gegenseitig die Köpfe einhauen, dann nützt das denjenigen, die hier die Macht und das Geld haben.“ Der Vertreter des türkischen Arbeitervereins sprach sich in seiner Rede gegen das neue Ausländergesetz aus, das an diesem Tag verabschiedet wurde.

Danach wurde die Demo für beendet erklärt, doch man marschierte weiter zum CDU-Parteibüro. Auf dem Marsch wurden Buttons und VORAN verkauft. Selbst der Kreisvorsitzende der CDU kaufte eine VORAN und spendete 5 DM „für die Kaffeekasse“. Antwort des VORAN-Verkäufers: „Davon drucken wir Flugblätter gegen das Ausländergesetz.“

Da niemand auf eine große Diskussion mit den CDU-Funktionären vorbereitet war, kam es nur zu Einzelgesprächen. Nach einem Marsch zurück in die Fußgängerzone wurde die Demo endgültig beendet.

Die Tatsache, daß meine Juso-AG mit einem kleinen Stamm von 8-10 Aktiven eine solche Demo auf die Beine bringen konnte, hat uns Mut für zukünftige Aktionen gemacht.

Dirk Wahlers, Bremerhaven  
Jungsozialist



Die Anti-Rassismus-Demo der Jusos in Bremerhaven.

# Wohnungsnot – ein Alptraum!

Als ich vor zwei Jahren nach Aachen kam und ein Dach über dem Kopf suchte, bin ich das erste Mal mit der Wohnungsnot konfrontiert worden.

Die Hoffnung, einen Wohnraum über den freien Markt zu finden, hatte ich nach langem Suchen aufgegeben. Denn bei jeder Besichtigung, sogar von Bruchbuden, folgten mir mindestens 50 weitere Interessenten. Darauf folgende Anstrengungen, ein Zimmerchen aufzutreiben, scheiterten. Die Verzweiflung stieg, da die Chancen zu gering standen. Ich war noch minderjährig und verfügte über kein Einkommen. Bis ich mir eine Wohnung über die Mitwohnzentrale vermitteln ließ.

Gegen Vermittlergebühren und Kautions hatte ich schließlich Erfolg. So versenkte ich den Spekulanten mein ganzes schwer verdientes Geld. Die monatliche Miete betrug für 30qm Altbau incl. Nebenkosten 425,- DM mit Dusche im Zimmer und Toilette auf dem Flur. Es war kein Wunder, daß sich nach ein paar Monaten bei so einer schlechten Wohnqualität überall Schimmel einstellte. Wobei der Vermieter mich für den Schaden verantwortlich machte und unverzüglich ein Ersatz in hohem Betrag verlangte.

Mit der Unterstützung eines Mieterschutzvereins, gegen eine monatliche Gebühr versteht sich, versuchte ich, per Schriftverkehr dagegen anzukämpfen. Aber das Ganze wandelte sich zu einem Alptraum: Ich bekam drohende Briefe, permanent Mahnungen aufgrund der Mietkürzung und anonyme Anrufe. Zusätzlich stand ich vor einer Abschlußprüfung und war erneut auf Wohnungssuche. Und das, wo sich die Wohnungslage weiter ver-

schlechtert hatte.

Momentan sind in Aachen 5000 Menschen auf Wohnungssuche und viele wohnen in Turnhallen unter menschenunwürdigen Bedingungen. Nachdem ich sechs Monate lang den vermoderten Geruch einatmete, kam ich glücklicherweise durch einen Bekannten an eine Wohnung ran. Zwar kostete mich die Vermittlung nichts, jedoch mußte ich drei Monatsmieten als Kautions und 1200,- DM für die zwangsläufige Möbelübernahme hinblättern. Lediglich ich wurde ärmer,

# Schüler in Schleswig-Holstein Gekämpft und gewonnen!

In VORAN Nr. 119 berichteten wir über Schülerstreiks in Schleswig-Holstein. Diese Streiks hatten Erfolg!

Heide Simonis ist Finanz-, nicht Wirtschaftsministerin, der Streik in Husum war einen Tag früher als berichtet und – ein Mißgeschick, welches wir gerne körrgieren – auf der Demo in Kiel waren nicht 4000 sondern 5000 Schüler anwesend.

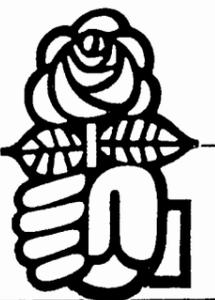
Dieser Mobilisierungserfolg scheint auf das hiesige Bildungsministerium Eindruck gemacht zu haben. Denn ihre ersten Erfolge konnten die Kämpfe der lernenden Jugend Schleswig-Holsteins schon verzeichnen: Der für die 11. Stufe geltende Klausurerlaß, aufgrunddessen die Schüler nur noch eine Klausur im Halbjahr schreiben (was für die Schüler größere Unsicherheit mit sich bringt), wird geändert. Im nächsten Jahr wird nur in „Nebenfächern“ eine, in anderen (z.B. Leistungskursen) weiterhin die zweite

Klausur geschrieben. In dieser Form ist der Klausurerlaß sogar ein Schritt in die richtige Richtung.

Bildungsministerin Eva Rühmkorf, deren Rücktritt von den Schülern gefordert wurde, geht jetzt als Vertreterin unseres Bundeslandes nach Bonn. Aus schleswig-holsteinischen Regierungskreisen war zu hören, Eva Rühmkorf sei in ihrem bisherigen Amt überfordert gewesen ... Hoffen wir jetzt auf eine bessere Politik. Denn unsere Hauptforderungen nach neuen Lehrern und Geldern sind immer noch unerfüllt. Wir haben den Streik nicht ab-, sondern nur unterbrochen!

Axel Matzky-Eilers, St. Peter-Ording  
Jungsozialist

... mach' mit bei den Jusos!



# Kämpft für die der Frauen

Großkotzig verkünden die Herrschenden im Westen den Siegeszug der „sozialen“ Marktwirtschaft. Übersetzt in die Lebensverhältnisse der Masse der Frauen heißt „soziale“ Marktwirtschaft: schlechte Berufschancen, Lohndiskriminierung, Doppelbelastung von Beruf und Familie, Abhängigkeit von Männern, sexuelle Belästigung, Staatsterror gegen Abtreibungen.

Frauen sind die industrielle Reservearmee im Kapitalismus. Der gegenwärtige Aufschwung hat das Zurückdrängen der Frauen an den „heimischen Herd“ und in die Arbeitslosigkeit nur vorübergehend gestoppt. Viele der neu geschaffenen Arbeitsplätze sind ungeschützte Teilzeitarbeitsverhältnisse. Die Zuverdienste der Frauen gleichen in vielen Fällen gerade den Kaufkraftverlust der Familieneinkommen aus, der durch niedrige Tarifabschlüsse, hohe Miet- und allgemeine Preiserhöhungen, Gesundheitsreform und Abbau von Sozialleistungen entstanden ist. Nur ein Bruchteil der Frauen hat es geschafft, größere ökonomische Unabhängigkeit zu erreichen.

Die Frauenförder- und -gleichstellungspläne von Konzernen und Staatsverwaltung beschränken sich darauf, Frauen mit besonderen Fähigkeiten in Führungspositionen zu holen. Gewollter Nebeneffekt: Konkurrenzkampf unter den Frauen. Die Masse der Frauen geht leer aus. Die Frauenbeauftragte von IBM, Hildegard Fleck, machte den Sinn von Frauenförderplänen deutlich: „Wir machen das Ganze ja nicht, weil wir ein tolles Unternehmen sind, sondern auch, weil wir das Potential für qualifizierte Jobs rekrutieren.“

## Die Armut ist weiblich

Im Durchschnitt verdienen Frauen heute 30% weniger als Männer. Trotz Aufschwung und prallvollen Geldsäcken der Unternehmer lebt 10% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. 46% der erwerbstätigen Frauen hatten 1987 ein Einkommen von weniger als 1200 DM. Frauen erhielten 1988 eine durchschnittliche Altersrente von 392 DM. Von den 1,8 Mio. Alleinerziehenden sind 86% Frauen. Und 1/3 der alleinerziehenden Mütter müssen mit weniger als 1200 DM im Monat über die Runden kommen. Frauen sind die Hauptopfer des Marktproduktionsnots.

Nicht ohne Grund hat der BRD-Kapitalismus es schwer, den Frauen in der DDR seine angebliche Überlegenheit einzureden. Abtreibungsgesetz und -justiz der BRD sind im Vergleich zur DDR mittelalterlich. Arbeitslosigkeit war in der DDR bisher ein Fremdwort. Frauen genießen besonderen Kündigungsschutz. Die Sozialleistungen für Frauen sind in der DDR besser als in der BRD. Verhütungsmittel und Abtreibung sind kostenlos. Kindertagesstätten gibt es zum Nulltarif.

## DDR: Frauen wehren sich

Aus purer Angst vor den Folgen der „sozialen“ Marktwirtschaft ist die Zahl der Abtreibungen in der DDR zuletzt drastisch in die Höhe geschossen. Wenn es nach den CDU-geführten Regierungen in beiden Teilen Deutschlands ginge, würde den Frauen in der DDR das Recht auf Abtreibung genommen. Was sie im Moment davor zurückschrecken läßt, ist der geballte Widerstand der Frauen in der DDR. Nachdem die Frauen in der DDR demokratische Rechte miterkämpft haben, sind sie nicht bereit, Rückschritte im ökonomischen und sozialen Bereich hinzunehmen. Zurecht drohen sie bereits mit Generalstreik für den Fall, daß ihnen die Fristenlösung genommen wird und sie in die Zwangsjacke des bundesdeutschen § 218 gesteckt werden.

## 16. Juni 1990 - Beginn der Frauenoffensive

Die bundesweite Demo am 16. Mai in Bonn gegen den § 218 wird eine deutliche Warnung an die CSU/CDU sein. Die Demo kann aber nur der Anfang einer Offensive für die Interessen der Frauen sein. Die Forderung nach Abschaffung des § 218 muß mit dem Kampf um eine generelle Verbesserung der Lage der Frauen verbunden werden.

den. In den letzten Monaten und Jahren haben Frauen oftmals gezeigt, daß sie nicht länger bereit sind, Ausbeutung und Unterdrückung hinzunehmen.

Bei den Streiks im Einzelhandel, in den Krankenhäusern, Kindertagesstätten und bei der Post waren Frauen die Hauptkraft. Die Solidarisierung der Eltern mit den Erzieherinnen im zehnwöchigen Kita-Streik in Berlin zeigen das riesige Potential, das vorhanden ist, um die Interessen der Frauen durchzusetzen. Dieses Potential muß endlich voll genutzt werden.

## SPD instandbesetzen

In SPD-geführten Kommunen und Ländern müssen Frauenförder- und -gleichstellungspläne dazu führen, die Diskriminierung der Frauen abzuschaffen, d.h. gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Bezahlung eines garantierten Monatseinkommens von 1500 DM, kinderfreundliche Arbeitszeitregelungen, Schaffung von ausreichend Kindertagesstätten und Sozialwohnungen, Schutz gegen sexuelle Belästigung.

Die SPD hat in ihrem Grundsatzprogramm die 30-Stunden-Woche als wichtigen Beitrag zur Abschaffung der Diskriminierung von Frauen beschlossen. Wer hindert SPD-geführte Kommunen und Länder, diesen Beschluß umgehend in die Praxis umzusetzen?

# Kindertagesstätten Unhaltbare Zustände

Mein ältester Sohn (5) geht seit zwei Jahren in einen Kölner Kindergarten. Um sicher zu gehen, daß er einen Platz bekam, hatte ich ihn schon zwei Jahre vor dem Eintrittstermin (3. Geburtstag) in drei Kindertagesstätten angemeldet. Ich habe von Eltern gehört, die ihr noch nicht geborenes Kind angemeldet haben!

Meinen zweiten Sohn (1 Jahr) habe ich in demselben Kindergarten angemeldet - in der Hoffnung auf den „Geschwistervorteil“. Trotzdem riet mir die Kita-Leiterin dringend dazu, ihn auch in anderen Einrichtungen anzumelden. Denn in den vier Jahren hat sich die Kinderbetreuungssituation bundesweit und auch in Köln drastisch verschlechtert.

Nach Angaben der Familienministerin (CDU) fehlen bundesweit 500.000

Plätze für die vorschulische Kleinkinderbetreuung; hier in Köln ist der Bedarf nur zu 68% gedeckt (Ziel: 75%, d.h., von vornherein wird nicht davon ausgegangen, daß jedes Kind einen Platz braucht). Von Stadtteil zu Stadtteil ist aber die Bedarfsdeckung unterschiedlich hoch - in einigen traditionellen Arbeiterwohnvierteln liegt sie zum Teil erheblich darunter, während es in den reichen Stadtteilen z.T. ein Überangebot gibt!

Wen wundert's? In meinem Stadtteil gibt es z.B. nur einen städtischen Kindergarten, der erst vor vier Jahren eröffnet wurde. Der nächste ist für 1994 geplant - d.h. zu spät für meinen zweiten Sohn. Inzwischen haben sich viele Elterninitiativen gegründet, die sich z.B. für die Errichtung von Kitas in

freier Trägerschaft einsetzen, um wenigstens die Lücke zu stopfen.

Ich kann sie in ihrer Not verstehen, aber ich sehe nicht ein, daß wir die Stadt (und den Staat) aus der Verantwortung entlassen sollten, für eine ausreichende und kostengünstige Kinderbetreuung zu sorgen. Für alle möglichen Prestiprojekte ist das Geld da, für Kinder und Mütter aber nicht - denn in aller Regel trifft's doch die Frauen.

Bei den Einrichtungen für die 0-3-Jährigen ist die Lage katastrophal. Hier in Köln gibt es Plätze für nur 3% aller Kinder dieser Altersgruppe. Wer hier einen Platz haben will, muß alleinerziehend und voll berufstätig sowie möglichst ein anerkannter „sozialer Här-

Die VORAN-Redaktion fordert alle Leser auf, über Jusos/SPD, GEW und ÖTV gegen den Erziehungsnotstand aktiv zu werden. Die Redaktion stellt dazu eine Info-Dienst über den Berliner Erzieherinnenstreik bereit, der auch Aktionsvorschläge enthält. Da Info kostet 3,50 DM und kann bei der Redaktion bestellt werden.



Spaltung zwischen Männern und Frauen aufheben - ein Kampf gegen die Unternehmer.

Seit einigen Jahren hat Frauenpolitik in der SPD einen besonderen Stellenwert. Viele Frauen sind mit großen Erwartungen in die SPD eingetreten. Leider ist die Politik der SPD-Regierungen alles andere als frauenfreundlich. Anstatt durch staatliche Umverteilung von oben nach unten die Mittel für Sozialreformen flüssig zu machen, geschieht das Gegenteil. Reformen werden zurückgenommen. Auch hier sind die Frauen die Hauptbetroffenen. In Berlin ist der SPD-geführte Senat sogar offen als Streikbrecher gegen die Erzieherinnen aufgetreten. Diese Politik muß gestoppt werden. Die SPD muß auch im Interesse der Frauen und der Arbeiterklasse instandbesetzt werden. Die Jungsozialisten und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) können dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Ursel Beck, Stuttgart, SPD-Mitglied

## Sozialleistungen und Kosten im Vergleich

	BRD	DDR
<b>Mutterschaftsleistungen</b>		
a) Schwangerschaftsurlaub	6 Wochen vor Entbindung 8 Wochen nach Entbindung	6 Wochen vor Entbindung 20 Wochen nach Entbindung
b) Mutterschaftsgeld Schwangerschafts- und Wochengeld	in Höhe des monatlichen Nettolohns, ab 15. Woche bis 6. Monat; 600 DM monatlich; danach einkommensabhängig; Freistellung für Erwerbstätige bis 12. Monat	in Höhe des monatlichen Nettolohns; ab 27. Woche bis 12. Monat; Zuwendung in Höhe des nach der 6. Woche Arbeitsunfähigkeit zu beanspruchenden Krankengeldes; mindestens 250 Mark pro Monat; ab 27. Woche bis 18. Monat vom 3. Kind an Freistellung Zuwendung wie oben; mindestens aber 350 Mark pro Monat
c) einmalige Hilfen	100 DM Entbindungspauschale 150 DM Mutterschaftsgeld	1000 Mark
<b>Kindertagesstätten</b>	45 DM (halbtags in Köln) bis über 200 DM ganztags in manchen Städten monatlich; Private kosten ein Vielfaches	kostenlos

## Veranstaltung der sozialistischen Kinderbetreuung

Kinderbetreuung in der DDR und in der BRD war das Thema einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen in Münster/Hessen. Fr. Renate Mücke aus Teltow in der DDR und Frau Judith Pauly-Bender aus Regau waren die Fachfrauen zum Thema und informierten ausführlich.

Beide stellten dar, wie unterschiedlich weit entwickelt die Kinderbetreuung in den beiden Teilen Deutschlands gegenwärtig ist. In der DDR, wo bislang eine nahezu hundertprozentige Erwerbstätigkeit der Frauen gegeben war, stehen für die Kinder gute Betreuungseinrichtungen vom Säuglingsalter bis zu den Zwölfjährigen preisgünstig und in ausreichender Zahl zur Verfügung.

In der BRD dagegen fehlen Kindertagesstätten, Kinderhorte und auch Kindergartenplätze in ganz großem Umfang. Während in der DDR solche Einrichtungen oftmals einfach betrieblicher Standard sind, liegt die Versorgung mit Kinderbetreuung in der BRD sogar hinter den Verhältnissen von z.B. den ärmeren Ländern Spanien und Italien.

Daran wird, so Frau Pauly-Bender, eine ausführliche Analyse, auch die neue hessische Kindergartenverordnung nichts ändern. Mit diesem Gesetz werden nur 4200 anstelle der versprochenen 10.000 Kindergartenplätze geschaffen, die Kommunen werden beim Kindergartenbau weniger unterstützt als die Kirchen und caritativen Verbände auf die Qualität (z.B. pädagogische Aufgaben der Kinderbetreuung) wird auch auf die sozialen Belange wird keinerlei positiver Einfluß genommen. Selbst die Kostenfreistellung für Zweitkinder ist doch nur eine Farce,

# echte n!



Griffe in der DDR, ob Kampf um Kindertagesstätten oder Auseinandersetzungen bei der Frauen sind am meisten betroffen.

sein, sonst gibt's keine Chance. bleibt oft wirklich nur die Eigentive. Doch die kostet viel mehr als städtische Einrichtung. Ein Halblatz (8-12 Uhr) in einem städtischen Kindergarten kostet in Köln 45 im Monat. Doch eine private Belgruppe kostet das Fünffache mehr. Dazu kommen die Eltern- und andere Besorgungen, die den Eltern erledigt werden müssen, bis die Berufstätigkeit beider Eltern immer noch nicht möglich ist. Wenn eine Frau wirklich berufstätig sein will, dann hat sie eigentlich keine Wahl - sie muß eine Kinderfrau einmieten. Kostenpunkt: mehrer Hundert im Monat. Dann geht sie doch nur

für die Kinderbetreuungskosten arbeiten. Abgesehen davon, daß es für die soziale und psychische Entwicklung des Kindes viel besser ist, regelmäßig in einer Gruppe von Fachkräften betreut zu werden.

Am meisten ärgert mich aber, daß alles an der Frau hängen bleibt. Weil der Mann meistens der Hauptverdiener ist, bleibt ihr nichts anderes übrig, als den Streß der Platzsuche (Telefonieren, Besuchen der Einrichtungen, Gespräche mit den Leiterinnen bzw. Leitern etc.) auf sich zu nehmen, bis sie einen Platz endlich ergattert hat. Sonst kann sie direkt mit den Kindern zu Hause bleiben.

Fiz Garvie, Köln, SPD-Mitglied

## okratischen Frauen uchen Plätze!

nicht nach den sozialen Verhältnissen geschaut wird und außerdem die der Betroffenen doch sehr klein ist. Hier wird mit einem unsozialen und aktiven Gesetz geprahlt, während in Krippen und Horte fehlen, weiterhin die Stellung und Bezahlung des Personals schlecht ist und Pädagogik kaum stattfindet.

### Ta-Plätze statt Jäger 90

den Referaten der beiden Frauen sind auch die aktuellen Besorgnisse in Deutschland deutlich: In der DDR hat man Angst davor, daß durch die Übernahme vieler Betriebe durch deutsche Firmen oder durch die Schließung der Betriebskindergärten, Krippen und Horte wegfallen, das Personal arbeitslos wird und das Platzangebot für die Kinder sich wesentlich reduziert. In der DDR könnten künftig viele jetzt berufstätige Frauen nicht mehr arbeiten. Allein schon auf einem solchen Gebiet droht vielen Menschen in der DDR durch den westdeutschen „Wohlstand“ der soziale Abstieg. Viele Alleinerziehende und Eltern mit relativ niedrigem Einkommen haben sich schon an der mangelhaften Betreuung ihrer Kinder geteilt. Aber in unserem reichen Land sind selbst die Standards wie in den westlichen Ländern nicht zu erreichen. Das Geld und die Bezahlbaren sind bei uns immer das Hauptargument.

Die intensive Diskussion, insbesondere auch über die Rolle und Bezahlung der Erzieherinnen, schloß sich an die für die Referentinnen an. Sie forderte jedoch in allen

Verzweigungen immer wieder an den durch das Geld gesteckten Grenzen. Hoffnungen und Wünsche bleiben im Raum, obwohl jedem bewußt war, daß sich unser Land den Jäger 90, Wackersdorf oder einen Schnellen Brüter leistet, während kinder- und familienfreundliche Politik nur in Parteiprogrammen und in Wahlkämpfen formuliert wird.

Sich in diesem Bereich zu engagieren, dazu sind alle aufgerufen, denn es geht um die Zukunft der Kinder und der Familien.

Christoph Mürdter, Jungsozialist  
Münster-Altheim (Hessen)



Frauen-Demo in Ost-Berlin.

## § 218 Die Ratschläge der CDU-Landesregierung

Die Landesregierung Baden-Württembergs hat im letzten Jahr eine Kampagne zum Schutz des ungeborenen Lebens begonnen. Mit Plakaten, Broschüren und Kinowerbung versuchen sie auf moralische Weise, gegen Abtreibung zu argumentieren. Sie bieten dort auch „konkrete Hilfe“ an: ein Sorgentelefon. Ulrike und ich riefen vor einer AG-Sitzung zum § 218 dort an und schilderten folgende Situation: „15 Jahre, schwanger, Schülerin, ohne Unterstützung von Eltern und Freund.“

Als erstes kam uns ein Schwall Telefonnummern von sämtlichen Beratungsstellen in Stuttgart entgegen. Besonders die katholische wurde hervorgehoben. Dort würde man 600 DM be-

kommen. Sozusagen als „Startkapital“. Wir haben uns ausgerechnet, daß das gerade für 30 Packungen Windeln reichen würde. Probleme mit den Eltern und mit dem Freund, darüber zu sprechen, wurden einfach abgetan. Die Möglichkeit, in ein Wohnheim für junge Mütter zu ziehen, wurde erwähnt.

Alle Bedenken und Sorgen wurden von der Stimme am Telefon beiseite gewischt: „Nur nicht verzweifeln.“ Allgemeine Plattheiten helfen Frauen in solchen Situationen nicht weiter, aber mehr hat die CDU nicht zu bieten. Die Kampagne läuft weiter.

Kerstin Käfer, Stuttgart  
Jungsozialistin

## Stuttgarter Jusos aktiv für Kindergartenplätze „Sind die Kinder da, ist die CDU weg!“

Überall in der BRD greifen jetzt auch Gliederungen der Jungsozialisten das wichtige Thema Kindertagesstätten und Lage der Erzieherinnen auf und gehen in die Offensive. Der folgende Text wurde auf einem Flugblatt der Stuttgarter Jusos verteilt, um zu einer ersten Versammlung zu mobilisieren.

Zu Beginn dieses Jahres fand in Berlin ein zehnwöchiger Streik in den Kindertagesstätten statt. Von 5000 Erzieherinnen wurden 90% der KiTas bestreikt. Mit großer Unterstützung der Eltern forderten sie einen Tarifvertrag und die Verbesserung der Arbeits- und Betreuungssituation. Ausgerechnet der rot-grüne Senat stellte sich stur. Der Streik hat seine Ziele nicht erreicht, aber er hat bundesweit für Bewegung gesorgt. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

In Freiburg und Hamburg gab es Demonstrationen, Protestaktionen und in Frankfurt gab es sogar Warnstreiks. Einige Erfolge wurden erzielt: In Frankfurt bekommen jetzt Vorkräftkantininnen monatlich 700 DM. Außerdem hat die Stadt Frankfurt 80 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Die monatliche Auszubildendenvergütung beträgt jetzt 1000 DM. Dies alles wurde mit relativ wenig Aufwand erreicht, da die Notsituation in den Frankfurter KiTas so groß war. Durch die schlechten Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen konnte die Stadt viele Stellen einfach nicht besetzen.

Auch in Stuttgart sieht die Situation nicht anders aus. Schon heute fehlen allein in der Stuttgarter Innenstadt 20 Erzieher/innen. Noch deutlicher wird das Problem am Beispiel Stuttgart-Ost: Dort ist für 1990 ein Bedarf an 965 KiTa-Plätzen gemeldet. Vorhanden sind aber nur 318 (!) Plätze. Selbst wenn man hier die Doppelanmeldungen abzieht, fehlen noch mindestens 300 Plätze. Diese Problematik ist auf jeden beliebigen Stadtteil zu übertragen. KiTas entwickeln sich immer mehr zu schlichten Aufbewahrungsanstalten. Pädagogisch sinnvolle Arbeit ist hier nur schwer möglich. Der von der Landesjugend vorgegebene Gruppenschlüssel von

max. 25 Kindern wurde in Stuttgart auf 28 erhöht. Die Wartelisten der KiTas sind oft so überfüllt, daß Eltern und Kinder oft ein bis eineinhalb Jahre auf einen Platz warten müssen, was gravierende Auswirkungen auf das Familienleben hat.

Aufgrund dieser Situation haben sich in einigen Stadtteilen Elterninitiativen gegründet. Die Pro Kind Gruppe im Westen fordert z.B. mehr Stellen für Erzieher/innen sowie eine finanzielle Aufwertung des Berufs und von der Stadt zur Verfügung gestellte Ausbildungsplätze.

Oberbürgermeister Rommel und seine konservative Mehrheit im Gemeinderat sind verantwortlich für die katastrophale Situation im gesamten Sozialbereich. Anstatt Baulücken zu bebauen und Spekulationen zu stoppen, werden Abenteuerspielplätze gegen Wohnungsbau ausgespielt. Anstatt die Gewerbesteuer für die Industrie zu erhöhen, werden Kindergartengebühren erhöht. Anstatt Kindergärten, Horte und Ganztagschulen einzurichten wird das Geld für Prestigeobjekte wie Internationale Gartenbauausstellung, Liederhalle und Großsportanlagen verschwendet.

Wenn die Stadtverwaltung die Interessen der Frauen ernst nehmen will, dann darf sie nicht nur eine Frauenbeauftragte einstellen, sondern muß endlich auch die Arbeitsbedingungen ihrer Beschäftigten in den sozialen Einrichtungen verbessern. Da werden von der CDU Antiabtreibungskampagnen und Pro-Kind Werbefeldzüge durchgeführt, aber wenn die Kinder da sind, ist die CDU weg!

Der Unmut bei den Eltern, Erzieher/innen und Kindern muß endlich umge-

Weg mit § 218!  
Demonstration!  
16. Juni  
Bonn  
11.00  
Brauherdendorferstr.  
Frauen entscheiden selbst!



Anti-§ 218-Demonstration.

setzt werden in eine gemeinsame Kampagne zur grundlegenden Verbesserung der Situation. ÖTV, GEW und die anderen DGB-Gewerkschaften, Elterninitiativen und SPD müssen ihre ganze Kraft dafür einsetzen. Was in Frankfurt möglich war, muß auch in Stuttgart möglich sein!

- Wir Jusos fordern deshalb:
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Höhere Einstufung der Zweitkräfte.
  - Mindestens 700 DM Grundlohn für Vorkräftkum. 1000 DM Mindestvergütung in der schulischen Ausbildung.
  - Ausbildung raus aus privater Hand. Stattdessen Einrichtung einer städtischen Fachschule.
  - Mehreinstellung von Erzieher/innen. Der Personalschlüssel muß so aufgestellt werden, daß eine gute Betreuung der Kinder möglich ist. Gleichzeitig muß genug Personal vorhanden sein, um Arbeitszeitverkürzung, Fortbildung, Urlaub und Krankheitstage der Beschäftigten auszugleichen.
  - Die tägliche Arbeitszeitverkürzung muß von der Kontaktzeit, nicht von der Vorbereitungszeit abgezogen werden.
  - Regelmäßige Fortbildungsmöglichkeiten.
  - Kleinere Kindergruppen.
  - Flächendeckende Einrichtung von KiTas. In Neubaugebieten müssen von Anfang an KiTas und Spielplätze gebaut werden.
  - Abschaffung der KiTa-Gebühr.

## Wir fordern:

- ▶ Weg mit dem § 218. Kostenlose Familienplanung und das Recht auf Abtreibung.
- ▶ Das Recht, unter menschenwürdigen Bedingungen Kinder zu kriegen.
- ▶ Aufbau von ausreichend Frauenhäusern, in die Frauen, die von ihren Männern mißhandelt werden, jederzeit kostenlos aufgenommen werden und in jeder Hinsicht optimal betreut werden. Kostenlose Kinderbetreuung inbegriffen.
- ▶ Flächendeckendes Netz von gut eingerichteten und personell gut ausgestatteten Kindertagesstätten zum Nulltarif.
- ▶ Gleiche Ausbildungs- und Berufschancen für Jungen und Mädchen.
- ▶ Gleiches Recht auf eine freigeählte, qualifizierte Ausbildung für alle.
- ▶ Einen garantierten Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz oder den vollen Lohn für alle.
- ▶ Abschaffung der Leichtlohngruppen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Einen Mindestlohn für beide Geschlechter von 1500 DM netto. Rentengleichheit bei Witwen und Witwern.
- ▶ Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden wöchentlich, als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung durch Gleichmäßige Verteilung der Arbeit auf beide Geschlechter.
- ▶ Abschaffung von Akkord- und Fließbandarbeit für beide Geschlechter.
- ▶ Keine Aufhebung des Nachtarbeitsverbots für Frauen. Stattdessen Einschränkung der Nachtarbeit für Männer.
- ▶ Wahlweise für Vater und Mutter ein arbeitsfreies „Babyjahr“ bei voller Lohnfortzahlung.
- ▶ Billige kommunale Restaurants und Wäschereien von guter Qualität, um die Frau von Haushaltsroutinen und -schufterei zu befreien.

## Griechenland

## Die Arbeiter wehren sich

Die linken Parteien Griechenlands, die PASOK (sozialistisch) und die KP-geführte „Fortschrittsallianz“ SIN bleiben nach den Wahlen im April mit fast 50% der Stimmen die stärksten Kräfte in der Gesellschaft. Damit haben sich die Arbeiter innerhalb eines Jahres zum dritten Mal gegen die rechte Partei „Neue Demokratie“ (ND) ausgesprochen.

Zwar stellt diese gemeinsam mit der konservativen Splitterpartei „Demokratische Erneuerung“ (Diana) mit 47,5% der Stimmen die absolute Mehrheit im Parlament, doch hat sie ihr Ziel, eine stabile Regierungsmehrheit zu stellen, klar verfehlt. Insgesamt befindet sich Griechenland momentan in einer politischen und wirtschaftlichen Umbruchphase. Wieso und wo liegen die Ursachen?

Griechenland droht der wirtschaftliche Bankrott. Die „soziale“ Marktwirtschaft auf griechisch ist der Verursacher. Allein für den Auslandsschuldendienst müssen 44% aller Staatseinnahmen aufgewendet werden. Während die Lohnabhängigen und Rentner mit einem Anteil von 70% zum Staatsetat mühsam ihren Beitrag liefern, unterschlagen die Kapitalisten auf unverschämte Art und Weise gewaltige Steuergelder und geben niedrigere Einkünfte als die Arbeiter an!

Wenn die Kapitalisten Griechenlands nicht den Weltrekord in Steuerhinterziehung halten, sicherlich dann mit 1 Billion Drachmen (ca. 11 Mrd. DM = 12% des Bruttosozialproduktes) pro Jahr den Europarekord. Kein Wunder, daß die Staatskassen leergefegt sind. Die Folge: Unentwegt versucht die Regierung, die monatlichen Zahlungen der Beamtengehälter und Renten zu sichern, indem sie Anleihen im In- und Ausland tätigt. Wie groß das Vertrauen der Kapitalisten in ihr eigenes System ist, sieht man daran, daß sie lieber 21 Mrd. Dollar (die fast den gesamten Auslandsschuldenberg wettmachen könnten) auf schweizer Bankkonten halten, als daß sie diese in

der heimischen Wirtschaft investieren. Trotz der gewaltigen Profite in den Jahren der Sparpolitik 1985-87 liegen – abgesehen vom leichten Anstieg der Investitionen in den letzten zwei Jahren – die privaten Investitionen unter dem Niveau von 1974. Dabei gehört Griechenland noch zu den 24 kapitalistischen Nationen (von den 160 auf diesem Globus), die sich als noch „entwickelt“ bezeichnen.

Wenn aber die Vorschläge des EG-Wirtschaftsrates, allen voran der EG-Präsident Jaques Dillors, und die Pläne der Kapitalistenklasse in die Praxis umgesetzt werden sollten, dann droht Griechenland auf die Bedingungen eines „3. Welt“-Landes abzufallen, denn das Land würde unter das Diktat des Internationalen Währungsfonds (IWF) geraten. Der Kapitalismus ist schon lange nicht mehr in der Lage, die Existenzbedürfnisse des Volkes zu sichern. Er hat gänzlich versagt.

## Pläne des Kapitals

Vor dem Hintergrund der sich verschlimmernden, desolaten Wirtschaftslage hatte schon die vorherige Regierung ein sogenanntes dreijähriges Stabilisierungsprogramm vorgestellt. Es beinhaltet u.a.: Personalabbau und Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst; abertausende Angestellte in diesem Bereich, die bisher im befristeten Verhältnis gearbeitet haben, sollen nicht mehr übernommen werden; Ausverkauf der verstaatlichten „Problemindustrien“, gleichzeitig sollen die „rentablen Firmen“ reprivatisiert werden. Im Kartext heißt es, statt bisher mit dem Messer sollen nun die

Errungenschaften mit der Axt angegangen werden. Die Folge davon wäre, daß die Arbeitslosigkeit von jetzt 400.000 auf 600.000-700.000 hochschnellen würde. Ganze Regionen müßten dann regelrecht verelenden. Dies sind die „Lösungspläne“ des Kapitals zur Gesundung der Wirtschaftslage.

Dagegen haben die verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse mit gewaltigen Aktionen ihre Stimme erhoben. Allen voran sind es die Arbeiter der sogenannten Problemindustrien und die entlassungsbedrohten Angestellten des öffentlichen Dienstes gewe-

Am 22. Mai kam es zu einem 24-stündigen Generalstreik in Griechenland, der das öffentliche Leben weitgehend lahmlegte. Banken, Postämter, Gemeindeämter und Sozialversicherungskassen blieben geschlossen. Krankenhäuser, Telefon- und Stromgesellschaft arbeiteten mit Notbesetzung. Der Flug-, Bus- und Schiffsverkehr kam zum größten Teil zum Erliegen. Die Lehrgewerkschaft will zusätzlich zum Ende des Schuljahres jeweils zu den Prüfungsterminen in den Ausstand treten. Die Gewerkschaften und ihr Dachverband protestierten mit dem Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der konservativen Regierung Mitsotakis. Noch in diesem Jahr sollen 100.000 Staatsangestellte entlassen werden, ab 1991 sollen Inflationszahlungen auf Löhne und Gehälter eingestellt werden.



sen. Durch ihre beispielhaften Streikaktionen haben sie unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß diese Pläne weg müssen. Im Prozeß dieser Kämpfe hat der Generalstreik in der letzten Januarwoche einen vorläufigen Höhepunkt dargestellt. Er wurde vom Gewerkschaftsdachverband (GSEE) ausgerufen. So konnten die Entlassungen vorerst abgewendet werden.

## Krise der Arbeiterführung

Obwohl die Arbeiterparteien, PASOK und SIN (bzw. „kommunistische“ KKE) vor der April-Wahl 53% des Wählerpotentials hinter sich hatten, war die SIN mit der rechten ND eine Regierung der „Nationalen Aussöhnung“ eingegangen. Ein schwerwiegender politischer Fehler, denn im Namen dieser „unheiligen Koalition“ sind sie im Interesse des Kapitals letztendlich mißbraucht worden. Unter der Regie der ND trug schließlich die SIN-Führung arbeiterfeindliche Maßnahmen mit. Andererseits sahen sich PASOK- und KKE-Spitze dann unter dem Druck der Basis gezwungen, über die ihnen nahestehenden Gewerkschaften (PASKE und ESAK) diese Angriffe abzuwehren.

Dieser politische Widerspruch erklärt sich durch die ungeheure Kraft der Arbeiterklasse. Sie ist nicht bereit, in wessen Namen auch immer, Verluste in ihrem Lebensstandard in Kauf zu nehmen. Die Kämpfe der Hafenarbeiter, der Arbeiter des öffentlichen Dienstes, der „Problemindustrien“, der Textilindustrien, der Banken usw. in den letzten Monaten haben dies eindeutig gezeigt. Diese Entwicklung hat mit ihrer ganzen Wucht dazu beigetragen, daß die Arbeiterparteien lebendiger geworden sind.

Die politischen Diskussionen an der Basis haben sich verstärkt, die einfachen Mitglieder sind kritischer geworden. Die Basis ist nicht mehr bereit, den politischen Kurs der Führung widerstandslos mitzutragen. Ein uner-

schütterliches Anzeichen dafür ist die Abspaltung von fast 8000 jungen „Kommunisten“ von der moskautreuen Studentenorganisation KNE.

In Griechenland ist die politische Entwicklung weit fortgeschritten. Daraus können wir nur ahnen, welche bedeutsamen politischen Ereignisse uns zukünftig im restlichen Europa

83jährigen Karamanlis zum Staatspräsidenten ist ein weiteres Anzeichen der Schwäche der Bürgerlichen. Denn nach fünf Jahren politischer Abwesenheit (1985 wurde er unter der PASOK-Regierung von diesem Amt abgesetzt) soll dieser blasse Greis die Rolle vom „Retter der Nation“ verkörpern. Es erscheint wahrscheinlich, daß

## Internationale Notizen



## Panama

Wieder kam es zu Demonstrationen, in denen Entschädigung für die Opfer der US-Intervention im Dezember gefordert wurde. Die Bombardements führten dazu, daß 20-25.000 Menschen obdachlos wurden, die trotz Versprechen der US-Regierung und deren Statthalter in Panama noch keine Hilfe bekamen. Politische Parolen gegen die USA traten bei den Demonstrationen in den Vordergrund.

## 1. Mai

**Japan:** Die Arbeiterbewegung im Auftrieb: 4 Millionen Arbeiter, vor allem Gewerkschafter, besuchten 1400 Kundgebungen.

**Spanien:** 200.000 Mitglieder der Arbeiterkommissionen (KP-orientiert) und der sozialistischen Gewerkschaft demonstrierten gegen die Wirtschaftspolitik der „sozialistischen“ Regierung.

**Türkei:** Die Angst des Staates vor den Arbeitern führte zu brutalstem Vorgehen der Polizei gegen demonstrierende Arbeiter im ganzen Land. In Istanbul wurden über 3000 Kollegen verhaftet, 50 verletzt. Zum Teil setzte die Polizei scharfe Munition ein. Viele Beschäftigte legten die Arbeit nieder oder machten Bummelstreik. (Der 1. Mai ist in der Türkei kein gesetzlicher Feiertag.) In Kazlıcesme kam es zu regelrechten Schlächten, als sich Arbeiter mit Steinen gegen die Polizei zur Wehr setzen mußten.

**Sowjetunion:** Nach dem üblichen langweiligen Zeremoniell –

fröhliche Menschen paradierten an ihren selbsternannten Führern vorbei – funktionierten zehntausende Gegendemonstranten Gorbatschows Jubelfeier zu einem wirklichen 1. Mai um. Parolen gegen seine Politik traten in den Vordergrund, so daß Gorbatschow es für besser hielt, zu verschwinden.

## Südkorea

Die Lage zeichnet sich dort durch sehr scharfe Kämpfe zwischen der Polizei und der Arbeiterklasse aus. Einzelne, wilde Streiks erschüttern das Land, in denen sehr große Belegschaften für Verbesserungen kämpfen. Ein Höhepunkt war der Sturm mehrerer tausend Polizisten auf die von den Arbeitern besetzte Hyundai-Werft in Ulsan an der koreanischen Südküste. Diese Werft hatte schon 1989 monatelang gestreikt. Im April besetzten die 20.000 Kollegen die Werft, um gegen die Inhaftierung mehrerer Gewerkschaftsführer zu protestieren. Am 28.4. stürmten 10.000 Polizisten die Werft, was in ganz Ulsan Straßenkämpfe zur Folge hatte. Die Polizei ging mit Tränengas vor, während die Arbeiter mit Steinen, Feuerbomben und selbstgebaute Mörsern gegen die Polizei ankämpften.

Ähnliche Kämpfe wiederholten sich am 1. Mai, am 30.4. streikten in anderen Städten zehntausende Kollegen aus Solidarität. Roh Tae-Woo, Koreas Regierungschef, rief eine Woche später im Fernsehen zum „totalen Krieg gegen alle wilden Arbeitskämpfe“ auf.

bevorstehen.

Das Kapital wird es schwer haben, eine Thatcher-Politik gegen die momentan kampfbereite Arbeiterklasse durchzuboxen. Dafür verfügt die ND/DIANA-Regierung mit 151 von 300 Parlamentssitzen über eine hauchdünne, zu kleine Mehrheit. Die Wahl des

die Rechte Ende dieses oder Anfang des nächsten Jahres Neuwahlen ausruft, in der Hoffnung, eine bessere Ausgangslage für ihre Angriffe zu haben. Die Arbeiterklasse hat aber ihr letztes Wort noch nicht gesprochen.

Stavros Peters, Aachen  
Jungsozialist

## Schülergewerkschaft jetzt auch in Italien

Am 28./29. April war in Mailand der 1. Kongreß der italienischen Schülergewerkschaft (Sindacato degli Studenti, SdS). Diese Gewerkschaft besteht seit 1988 und ist noch im Aufbau.

Zu dem Kongreß waren neben Vertretern der spanischen Schülergewerkschaft auch Vertreter des Stuttgarter Schülerrats eingeladen. Die italienische Regierung plant, die Universitäten teilweise zu privatisieren und die Lehrpläne nach den Interessen der Wirtschaft auszurichten. Mit Schülerstreiks und Unibesetzungen reagierten die Schüler und Studenten darauf.

Sie hatten es jedoch nicht einfach. Die Presse hetzte gegen sie, Polizei und faschistische Schlägertrupps schlugen sie zusammen, sogar die KPI samt Jugendorganisation wendeten sich gegen die Proteste und die von Anhängern der marxistischen Zeitung „Falce Martello“ geführte SdS.

Doch die Pläne der italienischen Regierung sind nicht isoliert auf Italien. In vielen europäischen Ländern gibt es Angriffe auf das Schulsystem. So wurde in Spanien die zweite Abschlußprüfung, die für viele spanische Schüler eine Rettung vor dem Durchfliegen war, abgeschafft und in Baden-Württemberg wird ab dem Schuljahr 1991/92 eine vierte Schulart eingeführt, das Elitegymnasium (siehe VORAN Nr. 120).

Diese Angriffe sind zum einen darauf zurückzuführen, daß die Wirtschaft gemerkt hat, daß eine große gebildete Masse, wie sie durch die Bildungspolitik der 70er erreicht wurde, für sie zu teuer ist. Zum anderen stellt der verschärfte Wettbewerb des EG-Binnenmarktes ab 1992 größere Anforderungen an die Führung der Betriebe, so daß man eine gut gebildete Elite heranzieht und die Unis leert. 30% der Schüler besuchen nämlich das Gymnasium. Dies sind für das Kapital einfach zu viele, außerdem machen immer mehr Abiturienten eine Lehre, und dazu braucht man bekanntlich kein Abitur.

Doch Schüler sollen nicht im Interesse des Kapitals, sondern nach ihren Begabungen und Fähigkeiten gebildet werden. Darum plädierte der Redner des Stuttgarter Schülerrats auch für bessere Zusammenarbeit der in Europa bestehenden Schülergewerkschaften und deren weiteren Aufbau, da sich die Wirtschaft europäisch vereinigt. Der spanische Redner hielt es sogar für möglich, daß es eines Tages einen europäischen Schülerstreiktag geben wird. Als ersten Schritt lud der Stuttgarter Schülerrat einen Vertreter der SdS für sein Anti-Elite-Fest am 23. Mai ein.

Jan Kanzleiter, Jungsozialist  
Stuttgarter Schülerrat

## Rumänien

# Spannung, Wut und Hoffnung

**In Bukarest ändern sich die Stimmungen schnell. Hoffnungen, die nach der Dezemberrevolution aufgeblüht waren, sind allgemeiner Angst und Enttäuschung gewichen.**

Anti-Regierungsdemonstrationen auf dem Universitätsplatz sind zu einer Dauereinrichtung im Leben der Hauptstadt geworden. An Straßenecken sammeln sich kleine Gruppen und spontane Agitatoren für die eine oder andere Seite. Wütende Stimmen tauschen Beleidigungen aus, es kommt zu Prügeleien. Die angespannte Atmosphäre und der aufgestaute Ärger erzeugen den Eindruck, daß sich das Land am Rande eines Bürgerkrieges bewegt.

Die Stimmung der Beinahe-Hysterie spitzte sich zu, als anscheinend die Polizei letzten Monat einen ziemlich plumpen Versuch machte, die Demonstranten vom Platz zu vertreiben. Der Versuch schlug fehl und führte zu einer Verstärkung der Beschimpfungen seitens der Antiregierungspresse und der Opposition im Parlament. Die Szenen im Parlament - zeitweilig waren die Abgeordneten nahe daran, sich zu prügeln, ähnelten manchmal der Nationalversammlung während der Französischen Revolution.

Natürlich hat sich die Situation gebessert. Es gibt mehr Heizung und Licht, auch wenn viele Straßen nachts nur von den Lichtern vorbeifahrender Straßenbahnen beleuchtet werden. Hausfrauen verschwenden täglich immer noch Stunden auf der Suche nach Fleisch oder beim Warten in einer Schlange. Aber es gibt zumindest die Möglichkeit, letztendlich doch etwas zu finden.

### Unmut über die Front der nationalen Rettung

Unter Ceausescu gab es Fernsehsendungen nur zwei Stunden pro Tag. Davon war das meiste Propaganda und endlose Reden des „Conducator“. Jetzt gucken die Leute endlose Westernserien oder Disney Zeichentrickfilme. Im täglichen Programm findet aber die Übertragung der Gerichtsverhandlung gegen die höchsten Mitglieder der Ceausescuregierung (bis 2 Uhr nachts) die meisten Zuschauer. Das ist kein sehr erbauendes Schauspiel. Die meisten Angeklagten bieten ein Bild der absoluten Feigheit, der kriecherischen Bettelei um Gnade. Manchmal heulen sie sogar vor den Kameras.

Die Horrorregierung dieser Leute wurde durch den Ansturm der Arbeiter und Studenten letzten Dezember beendet. Aber wegen dem Fehlen einer revolutionären Führung und Organisation konnte die Macht den Händen der Arbeiter entgleiten. Sie liebten zu, daß die „Front der nationalen Rettung“ die Macht an sich riß, die die Massen sich erkämpft hatten.

Während Präsident Iliescu zweifellos eine ziemliche Popularität genießt,

sehen viele frühere Mitglieder der diskreditierten „Kommunistischen Partei“ in der Front ihren Zufluchtsort. Es gibt Unmut wegen der Art und Weise, wie die Front die Revolution übernommen hat, und Angst, daß sie die Wahlen gewinnt und dann eine



Mitglieder der früheren „KP“ verbrennen ihre Parteibücher.

neue Diktatur beginnt.

Solche Ansichten werden von vielen jungen Leuten aufrichtig vertreten, die gegen den „Kommunismus“ aus ihrer Sicht demonstrieren. Dieses innere Gefühl wird aber durch die pro-kapitalistische Opposition manipuliert, angeführt von den Nationalliberalen und der Nationalen Bauernpartei, die versuchen, die Stunden als Rammbock zum Sturz der Regierung zu verwenden und den Kapitalismus wieder einzuführen. So macht die Opposition insgesamt ziemlich viel Lärm. Mir wurde erzählt, daß sie bei Gesprächen mit ausländischen Journalisten sogar gedroht hatten, die Wahlen am 20. Mai zu boykottieren. Das haben sie hier nie angedeutet, denn dadurch würden sie nur einen enormen Verlust an Unterstützung erleiden.

### Arbeiter gegen Kapitalismus

Bis vor kurzem waren die Unterstützer der Front sehr zurückhaltend und unterwürfig. Jedoch hat Iliescu große Reserven an Unterstützung. Als Antwort auf die Demonstration auf dem Universitätsplatz hat die Front eine große Demo mit bis zu 100.000 Teilnehmern organisiert. Die Arbeiter sind vielleicht verwirrt wegen der Beschimpfungen und den „schlau“ Argumenten der Intellektuellen. Aber auf die Frage, ob sie die Rückkehr zum Kapitalismus wollen, knirschen sie

mit den Zähnen und murmeln ärgerlich: „Kapitalismus in Rumänien? Niemals!“

In der Hitze der Revolution haben die Arbeiter Fabrikkomitees gewählt und mit aus Arsenalen der „Kommunistischen Partei“ erbeuteten Waffen Verteidigungsgruppen organisiert. Seitdem ist die Bewegung zu einem gewissen Grad zurückgegangen. Die Front hat sich beeilt, die meisten Waf-

fen einzusammeln. In vielen Fabriken wurden die Komitees aufgelöst, vermutlich unter dem Druck der Front, die die unabhängige Bewegung der Arbeiter fürchtet, wie der Teufel das Weihwasser.

Jetzt konzentrieren sich die Arbeiter auf den Aufbau unabhängiger Gewerkschaften, zunächst auf Fabrikebene. Diese Bewegung ist noch in einer embryonalen Phase, aber sie wird in

den nächsten Monaten eine wichtige Rolle spielen. Die rumänische Revolution ist noch nicht zu Ende. Sie hat kaum angefangen.

### „Wir wissen, wo die Waffen sind“

Unabhängig davon, wer die Wahlen am 20. Mai gewinnt, wird eine stürmische Zeit beginnen. Unvermeidlich wird es Versuche geben, die Errungenschaften der Arbeiterklasse Stück für Stück zu beschneiden. Genauso unvermeidlich werden die Arbeiter, die auf ihre Stärke vertrauen, darauf reagieren. Ab einem bestimmten Zeitpunkt wird es eine Bewegung zur Wiederherstellung der demokratisch gewählten Komitees geben und - falls nötig - eine Bewegung zurück auf die Straße, um die Errungenschaften der Arbeiter zu verteidigen.

Vor kurzem habe ich eine große Fabrik in den Außenbezirken der Hauptstadt besucht und unter anderem gefragt, was aus den Waffen geworden sei. „Die sind nicht mehr in der Fabrik“, wurde mir gesagt. „Aber die sind nicht weit weg. Wir wissen, wo sie sind, falls wir sie wieder brauchen sollten.“ Jeder, der es mit den Arbeitern des revolutionären Rumäniens aufnehmen möchte, sollte darüber genau nachdenken.

**Bukarest, Anfang Mai**  
Von einem Korrespondenten der britischen marxistischen Zeitung „Militant“

## Südafrika

# Verhandlungen sind keine Lösung

**Seit dem 4. Mai versuchen der ANC und die weiße Apartheid-Regierung unter Präsident de Klerk, mit Verhandlungen den Weg zu einer neuen Verfassung zu ebnen. Gleichzeitig wird das Land von blutigen Auseinandersetzungen erschüttert.**

Weiß und Schwarze sollen die gleichen Rechte bekommen. In der ersten Verhandlungsrunde konnten „Erfolge“ erzielt werden. Beide Seiten wollen der Gewalt ein Ende machen. Es wurde die Freilassung von 3000 politischen Gefangenen vereinbart. So gesehen scheinen Verhandlungen der richtige Weg zu sein. Danach ging Präsident de Klerk auf Europatournee, um mit den politischen und wirtschaftlichen Spitzen über Abbau von Wirtschaftssanktionen zu reden. Da er durch die aufgenommenen Verhandlungen als „demokratisch geläutert“ auftreten kann und der ANC dagegen leider nichts einwendet, tut de Klerk dies mit Aussicht auf Erfolg.

Während die Anti-Apartheid-Bewegung in Europa von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen wird, sind die Auswirkungen der ANC-Politik in Südafrika blutiger Ernst. Zu ersten Kundgebung mit Mandela nach seiner Freilassung konnten ohne Mühe 120.000 Menschen mobilisiert werden, einhergehend mit einer Begeisterungswelle für den ANC landesweit.

### Inkatha-Terror

An den folgenden Kundgebungen nahmen wegen des verkündeten Verhandlungs- und Kompromißkurses die Teilnehmerzahlen ab. Nicht wenige Arbeiter und Jugendliche warten die Verhandlungen ab und werden passiv. Auf der anderen Seite wenden sich viele Jugendliche dem PAC (Pan African Congress) zu, der ausschließlich den bewaffneten Kampf als Weg zur Befreiung der Schwarzen sieht. So würde die schwarze Arbeiterklasse geschwächt.

Desweiteren hat Inkatha seinen Krieg gegen den ANC intensiviert. Die vom Häuptling Buthelezi angeführte Inkatha setzt sich ausschließlich aus Angehörigen des Stammes der Zulus zusammen und kollaboriert offen mit der Regierung. Der 1985 gegründete Gewerkschaftsverband COSATU erfreute sich auch eines großen Zulaufs

von Zulus. Um seine Kontrolle über die Zulu-Arbeiter zu behalten, gründete Buthelezi eine eigene Zulu-Gewerkschaft. Diese verzeichnete aber kaum Zulauf.

So begannen 1987 bewaffnete Inkathagruppen mit Zwangsrekrutierungen für die Pseudo-Gewerkschaft. Vor allem in der hauptsächlich von Zulus

Die Kämpfe unter den Schwarzen dienen dem Staat als Vorwand für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes. Und das Prestige der Regierung erhöht sich, weil sie trotz verstärkter Drohungen weißer faschistischer Gruppen mit dem ANC verhandelt. Es ist die Absicht de Klerks, den ANC irgendwann „aus nationaler Verantwortung“ mitaufzunehmen. Der ANC würde dann mit seinem Ansehen helfen, den Status Quo aufrechtzuerhalten.

Verhandlungen mit den Unterdrückern sind der falsche Weg. Die Lösung liegt vielmehr in dem erfolgreichen Kampf für ein sozialistisches Programm, das sich gegen die Unter-



Natal: Ein ANC-Anhänger bewacht seine Wohnung vor Inkatha-Banditen.

bewohnten Provinz Natal wurden ANC- und COSATU-Aktivisten ermordet. Über 3000 Menschen fielen dem Krieg bis jetzt zum Opfer. Wegen der Zersplitterung und Passivität konnte die Inkatha einige vom ANC kontrollierte Townships unter ihren „Einfluß“ bringen. Es paßt auch ins Bild, daß der ANC-Verhandlungsdelegation keine Vertreter von COSATU und SAYCO (ANC-Jugend-Flügel) angehören. Beide gelten als die kämpferischsten Teile der Bewegung.

nehmerherrschaft wendet, denn diese ist die Ursache der Apartheid und der politischen Unterdrückung. Nur ein Programm, das auf die Kraft der Arbeiterklasse setzt, kann die Einheit der schwarzen Arbeiterklasse um den ANC und COSATU schaffen und der weißen Arbeiterklasse helfen, ihr Klassenbewußtsein zu entwickeln und sich dem gerechten Kampf anzuschließen.

**Frank Habermann, Kassel**  
Jungsozialist

## Rumänien nach den Wahlen

Das Wahlergebnis der ersten weitgehend freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 20. Mai 1990 in Rumänien bestätigt die durch den obigen Stimmungsbericht vermittelten Eindrücke. Die „Front der nationalen Rettung“ (FNR) ist klar von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung unterstützt worden. Daran ändern wahrscheinlich stattgefundenen einzelnen Wahlmanipulationen nichts.

Iliescu als Präsidentschaftskandidat bekam 86,23% der Stimmen, die FNR bei den Abgeordnetenwahlen 67,88%. Die bürgerliche Opposition dagegen ist weit abgeschlagen: Der liberale Gegenkandidat Radu Campeanu erhielt 10,08% der Stimmen. Bei den Abgeordnetenwahlen ist die politische Vertretung der ungarischen Minderheit, die Ungarische Demokratische Union, mit 7,25% zur zweitstärksten Kraft geworden.

Das Ergebnis hat zwei Seiten. Zum einen haben die Arbeiter mit der Unterstützung der FNR, die trotz aller „Reformpolitik“ Vertretung der alten stalinistischen Bürokratie ist, gezeigt, daß sie noch nicht bereit sind, selbst

die Macht in die Hände zu nehmen und die politische Revolution zum Ende zu führen. Auch spielt das geschickte Schüren von rumänisch-nationalistischen Stimmungen durch Iliescu eine Rolle für den Wahlsieg der FNR.

Was aber gerade angesichts der Entwicklungen in Polen, Ungarn und der DDR hervorgehoben werden muß, ist, daß die Arbeiter mit überwältigender Mehrheit der Rückkehr Rumäniens zum Kapitalismus eine Absage erteilt haben. Die bürgerlich-intellektuelle Opposition konnte die rumänische Arbeiterklasse nicht von den Segnungen der „sozialen“ Marktwirtschaft überzeugen.

Ausgehend von diesem Ergebnis und den Erfahrungen der Arbeiter in der Revolution vom Dezember '89 besteht eine gute Ausgangsposition für den endgültigen Sturz der Bürokratie und die Errichtung einer Arbeiterdemokratie in Rumänien. Voraussetzung hierfür ist der Aufbau einer marxistischen Oppositionskraft - sowohl als Alternative zur „Front“, als auch zur kapitalistischen Konterrevolution.

**Ulf Petersen, Köln, Jungsozialist**

# Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und . . . . .

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann's einem gehen: Seit gut drei Monaten jeden Dienstag, Donnerstag und Freitag 3 Stunden zur Stelle, um die Regale im Supermarkt aufzufüllen. Arbeit ohne soziale Absicherung und quasi auf Bestellung. Nun fiel in diesem Jahr der 1. Mai auf einen Dienstag. Gesetzlicher Feiertag dachte ich. Doch schaffen es die Filialleiter, ihre Auffüllkräfte davon zu überzeugen, daß so etwas für sie nicht gelte und lassen sie die Stunden „nachholen“. Hierbei handelt es sich dann tatsächlich um unbezahlte Überstunden.

Betriebsrat und Geschäftsleitung haben abgesprochen, daß auch Teilzeiter für jeden Feiertag in der Woche 1/6 ihrer Wochenarbeitszeit gutgeschrieben bekommen. Warum wehren sich die Arbeiter nicht? Warum gehen sie nicht zum Betriebsrat? Weil dieser zum großen Teil auch in den Filialbüros sitzt und Arbeitgeberinteressen vertritt. Arbeiter, nehmt Eure Sache selbst in die Hand! Ihr braucht nicht nachzuarbeiten. Laßt Euch nicht einschüchtern, das Recht ist auf unserer Seite!

Heinz-Peter Fischer, Köln

## Besuch einer Mülldeponie

Liebe Genossinnen und Genossen, die Wiesbadener Juso-AG-Altstadt besuchte mit dem Ortsverein West und dem Umweltdezernenten Dieter Berlitz die Mülldeponie in Wiesbaden. Auf der Mülldeponie war sachkundiges Personal, das uns herumführte und auf bestimmte Problemprodukte hinwies, z.B. Sondermüll, Plastikstoffe, die hauptsächlich aus der Verpackungsindustrie stammen, aber noch vieles, vieles mehr spielte eine Rolle.

Das Beispiel Verpackungsmüll: Der Verpackungsabfall beträgt auf der Mülldeponie ca. 50%. Von diesem Verpackungsmüll sind 25% Plastikstoffe. Durch die Jugendsendung „Live aus dem Schlachthof“ erfuhr man erst richtig, warum die Verpackungsindustrie, z.B. die Firma Hoechst, die Produktion von Plastik noch nicht auf andere Stoffe umgestellt hat. Wer ist daran schuld? Schuld daran sind z.B.

die marktkontrollierenden Großkonzerne, die nicht im Interesse der Bevölkerung, sondern nur in ihrem Profitinteresse produzieren.

Dies führt dazu, daß zwar die Folie produziert, aber nicht im Recyclingverfahren wiedergewonnen wird. Die Großindustrie weigert sich weiterhin, ihren produzierten Müll wieder anzunehmen. Der Bundesumweltminister Töpfer ist zwar in der Lage, durch Gesetze die Industrie dazu zu zwingen, wieder aufzunehmen, aber statt dieses zu fordern, verlagert der Bundesumweltminister lieber den ganzen Scheißdreck auf die Schultern der Kommune bzw. auf unsere Schultern, nach dem Motto: Sollen sich doch die Bürger mit diesem Problem herumärgern. Das ist wohl die „billigste“ und „einfachste“ Lösung.

An diesem Beispiel sieht man, welche Interessen die Bundesregierung vertritt. Wiesbaden stellt zwar nur ein

## ihr da oben . . .

### Seltene Logik

Auch die Führung der britischen Labour-Party trägt jetzt ihren Teil zum Kampf gegen die skandalöse „Kopf-Steuer“ (Poll Tax) bei: „Der einzige Weg, um die Kopfsteuer zu ändern, ist die Regierung zu ändern – und das versuchen wir zu tun. Wenn einzelne sagen, sie zahlen nicht, dann ist das ihre Entscheidung. Aber ich möchte nicht Teil einer Kampagne sein, die zum Rechtsbruch aufruft. Ich halte das Gesetz aufrecht, um es zu ändern.“ Soweit die Logik von Labour-Vorstandssprecherin Lestor.

Wenn der von der Kopfsteuer gebeutelte Bürger nun denkt, daß er spätestens nach den nächsten Wahlen 1992 mit dem Amtsantritt einer Labour-Regierung aufatmen kann, täuscht er sich allerdings gewaltig. Die Labour-Party-Führung will dann noch zwei Jahre bis zur Änderung des Steuersystems warten!



### Alte Freunde

Fast pünktlich zum Jahrestag des von Deng Xiaoping im Juni 1989 befohlenen Massakers auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ hielt es Helmut Schmidt, Ex-Bundeskanzler und SPD-Mitglied, für angemessen, seinen „alten Freund“ Deng in Peking privat zu besuchen.

In einem Vortrag nannte Schmidt ihn einen „großen Führer“, der einen „hervorragenden Platz in der Geschichte dieses Jahrhunderts“ einnehme.

Bei dieser Einschätzung des Massenmörders Deng ist es nicht verwunderlich, daß Schmidt keinen Grund sah, eine Einladung Chinas nicht anzunehmen. Seine einzige Sorge war, daß das stark angeschlagene „Image“ Chinas im Westen sich zu langsam wieder erholen würde.

### „Seine Exzellenz“

Michail Gorbatschow, Präsident der UdSSR, scheint eine Kampagne zu führen, um auch im Westen die letzte Illusion in seine Person zu zerstören. Das Gesetz, dem zufolge „Majestätsbeleidigung“ an Gorbatschow mit mehrjährigem Arbeitsla-



ger bestraft werden soll, war der erste Schlag. Nun werden sich sicher auch noch „Linke“ finden, die diesen Schritt mit dem Hinweis auf das ungeheuerliche Verhalten der sowjetischen Untertanen bei den Kundgebungen zum 1. Mai rechtfertigten. (Transparente wie „Gorbatschow, oberster Schirmherr der Mafia“ ließen den Geduldssaden des Präsidenten reißen.)

Darum folgte später, am 21. Mai, der nächste Schlag: Der Oberste Sowjet verabschiedete eine Gehaltserhöhung und einige kleinere Privilegien für „Gorbi“. Er bekommt in Zukunft statt 1500 Rubel pro Monat 4000 Rubel (rund 11.000 DM). Das ist normal im internationalen Vergleich, aber unglücklicherweise das zehnfache des sowjetischen Durchschnittslohns. Außerdem hat der einfache Arbeiter neben seiner Moskauer Wohnung weder eine Ferienresidenz auf der Krim noch eine Datscha im Moskauer Umland zur Verfügung.

## . . . wir hier unten

# Kampffonds „Kohle“ statt Kohl!

kleines Problem dar, man kann sich aber so vorstellen, mit welchen Problemen Großstädte zu tun haben. Gutgemeinte Appelle an die Industrie sind nicht genug. Nein, die Moral von der Geschichte: Widerstand ist Volkspflicht!

Mit sozialistischem Gruß  
Frank Albrecht, Wiesbaden

seiner Marssöhne beglücken ...“

Sind die Lahrer Stadtväter noch heute von der Gesinnung, daß sie „wallfahren zum Tempel des Mars“, also die Interessen ihrer Stadt und ihrer Bürger schamlos verraten, wenn vielleicht auch nicht um einiger Silberlinge willen? Oder können sie sich endlich einmal aufraffen, und dem militärischen Wahnsinn der Tiefflüge ein klares Nein ohne jedes aber entgegenzusetzen? An ihren Früchten werdet Ihr sie erkennen!

Frank Herden, Lahr, Mitglied des Landesausschusses der Jusos Baden-Württemberg

tiven einzelner. Drei Stuttgarter Metalller verkauften bei einer IGM-Veranstaltung im Rahmen der Tarifrunde in Eppelheim 68 VORAN's; Christian Ebert aus Kassel verkaufte auf einer Bundestags-Besuchsfahrt nach Bonn, die vom Kasseler MdB veranstaltet wurde, 12 Zeitungen im Bus. Dies zeigt: Es zahlt sich aus, immer ausreichend VORAN in der Tasche zu haben, egal, wo man hingeht.

Die CDU gibt gerne damit an, die Partei mit den besten Verbindungen zum Kapital zu sein (siehe DDR-Wahl). Das kann man wohl sagen: Die größte Einzelspende mit 404.000,- DM, die die Kohl-Partei 1988 erhielt, kam von der Deutschen Bank!

VORAN, die Stimme der Marxisten in der SPD, spricht alle an, die diese Regierung des großen Geldes satt haben und für einen Sieg der SPD mit sozialistischem Programm kämpfen wollen. Die SPD-Wahlsiege im Saarland, in NRW und Niedersachsen, die Streiks der Metalller, Druck- und Postarbeiter und die Demos der letzten Wochen gegen das neue Ausländergesetz zeigen eine starke Anti-Kohl-Stimmung in der Bevölkerung an.

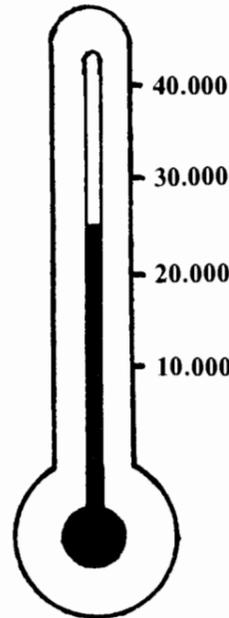
VORAN greift diese Stimmung auf, und sie kommt wiederum unserem Kampffonds zugute: z.B. wurden am 1. Mai insgesamt 1063,32 DM in verschiedenen Städten der BRD gesammelt. Dies geschah auf verschiedenste Art und Weise. Eine Unterstützerin aus Wiesbaden verkaufte beispielsweise Buttons für über 60 DM Nettogewinn; und als Leser in Hamburg keine VORAN's mehr hatten, verkauften sie u.a. die Anti-Polltax-Aufkleber und englische Militant-Zeitungen und sammelten somit insgesamt 207,11 DM. Allein in Kassel nahmen Unterstützer an diesem 1. Mai ca. 245 DM ein. In Köln wurden an einem Bücherstand 60,84 DM eingenommen.

In letzter Zeit zeigte sich, daß Buttons – insbesondere diejenigen mit Anti-Kohl-Sprüchen – sehr beliebt sind, gerade bei Schülern und sehr jungen Leuten. Z.B. wurden in Siegburg bei einem Antifa-Tag 42 Buttons verkauft. Deckt Euch also mit Buttons für die nächsten Wochen gut ein. Folgende Slogans sind über die Redaktion lieferbar: „Weg mit § 218!“, „Laßt Euch nicht verkohlen!“, „Weg mit

Kohl und Kapital“ und „Nazis raus!“.

Im Gegensatz zur CDU setzen wir nicht auf die großen Spenden des Kapitals, sondern wollen unsere finanzielle Unterstützung aus der Arbeiterbewegung beziehen. Durch die oben beschriebenen Aktivitäten (und viele andere mehr) summiert sich unser Kampffonds-Ergebnis bis jetzt auf 25.479,57 DM seit Jahresanfang. Wir brauchen eine starke sozialistische SPD – deshalb „Kohle“ statt Kohl für VORAN!

Fiz Garvie, Köln, SPD-Mitglied



Spendenkonto:  
VORAN, Postgiroamt Essen  
BLZ 360 100 43  
Kto.-Nr. 2500 59-430

## Flugzeugabsturz in Karlsruhe

In Karlsruhe ist Furchtbares geschehen. Furchtbares, das sich nicht nur jedes Jahr oder jeden Monat, sondern jeden Tag oder jede Stunde auch bei uns ereignen kann. Über unserer Stadt, über unseren Wohnvierteln, über unseren Häusern. Wir stehen fassungslos denen gegenüber, die den Frieden zwischen den Völkern für das Linsengericht vermeintlicher militärischer Stärke tagtäglich auf den Markt ihrer Machtgierigen Eitelkeiten tragen. Es stimmt uns traurig, seit langer Zeit vor dem gewarnt zu haben, was

jetzt erneut furchtbare Wahrheit geworden ist. Wir hätten gern darauf verzichtet, nun wieder als erwiesen zu sehen, was wir stets gefürchtet haben.

Blicken wir zurück, was der „Volksfreund“ vor fast 100 Jahren schrieb: „Lahr, die großen See- und Industriestadt am Rande der Schutter, fand endlich nach 25jährigem Bauchrutschens und Kniebeugens vor dem Mars (Kriegsgott) ... Gnade und Erhöhung. Mars verlieh der Industriestadt das Prädikat ‚Garnisonsstadt‘ und will die Einwohner mit ... Bataillonen

## Verkauft

Die letzten Monate zeichneten sich durch einen verbesserten Verkauf von VORAN aus. Grund: die in der Gesellschaft weitverbreitete Anti-Kohl-Stimmung und die Vielzahl an Demonstrationen und Veranstaltungen (Wahlkämpfe und Tarifrunden), wo die Ideen von VORAN auf Interesse stießen.

In Köln war ein Höhepunkt der Verkaufsaktivitäten die Gegenmobilisierung zu einer Kohl-Kundgebung am 24. April (ein Tag vor dem Attentat auf Oskar Lafontaine), zu der mehr Gegendemonstranten als CDU-Anhänger kamen. Ein Jungsozialist verkaufte an diesem Tag alleine 40 Zeitungen. Er berichtet: „Der Verkauf war wie im Dezember in der DDR. Die Leute standen richtig Schlange nach der VORAN. Schüler kauften sie und hielten sie hoch, so daß jeder das ‚Stopp Kohl‘ lesen konnte.“

In vielen Städten der BRD wurde am 1. Mai bei den Demonstrationen



VORAN verkauft. So konnten in Kassel und Stuttgart jeweils 120 Zeitungen verkauft werden, in Aachen 80 und in Wiesbaden 65 Exemplare. Am eindrucksvollsten sind aber oft die Initia-



1. Mai in Aachen

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name .....

Anschrift .....

Telefon .....

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 134504

Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen und bestelle ..... Exemplare (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM ..... beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon .....

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Postcheckamt Essen, Bankleitzahl 360 10043, Konto-Nr. 2500 59-430



# Tarifabschluß bei Metall Kein Traumergebnis

Die Tarifrunde '90 ist vorbei. Die Verhandlungsführer von IG Metall und Gesamtmetall einigten sich auf einen Kompromiß zu einem Zeitpunkt, zu dem die Kampfmaßnahmen der Gewerkschaft erst anliefen. In Kassel beispielsweise wurde eine Demonstration, an der sich alle Großbetriebe beteiligen sollten, noch in der Nacht wieder abgesagt. Stattdessen gab es dezentrale Informationskundgebungen vor den Werkstoren.

IGM-Vorsitzender Franz Steinkühler bezeichnete später den gefundenen Kompromiß als ein „Traumergebnis ohne Wenn und Aber“. Folgendes wurde ausgehandelt: Die 35-Stunden-Woche soll eingeführt werden. Die Unternehmer haben es nicht geschafft, Regelungen über die Arbeit am Wochenende tarifvertraglich zu verschlechtern. Eine Regelung über Elternurlaub, Lohnerhöhungen um 6% wurden erreicht. Also spürbare Verbesserungen.

Doch dies ist kein Traumergebnis: - Statt sofort wird die 35-Stunden-Woche bis 1995 stufenweise eingeführt. Ist dies ein zufriedenstellendes Ergebnis angesichts offiziell immer

erhöht, der Rest für die Arbeitszeitverkürzung). Sind - daran gemessen - 6% ein Traumergebnis? Eine weitere Forderung war mindestens 200 DM für jeden Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden. Damit war beabsichtigt, die unteren Lohngruppen überproportional anzuheben. Der jetzige Kompromiß bringt den unteren Lohngruppen nicht 12 x 200 DM, sondern 2 x 215 DM. Während der weiteren zehn Monate Laufzeit bekommen diese dann nur noch 6% mehr Lohn.

## Differenzierung

Die Azubis sollten ein Einkommen erhalten, mit dem sich einigermaßen auf eigenen Füßen stehen läßt. Aber



4. Mai in Kassel: 2800 Henschelamer bei Thyssen und 1200 bei Mercedes waren im Warnstreik.

noch annähernd 2 Mio. Arbeitslosen und weiterer absehbarer Arbeitsplatzvernichtung durch Rationalisierung in den nächsten Jahren? - Das gewerkschaftliche Forderungsvolumen betrug 12% (8,5% Lohner-

diese Forderung blieb nur ein guter Vorsatz: Für die Auszubildenden-Einkommen wurde nur eine Erhöhung um 70 DM erreicht. Außerdem hat der Arbeitszeitabschluß die Chancen für die Übernahme überhaupt und im er-

## „Es fehlt nur noch die Peitsche!“

### Warum bei der Post gestreikt wurde

Die Stimmung unter den Streikposten war bombig. „Die Sache wird von den Medien falsch dargestellt“, erklärte mir Eugen Hantusch, Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) im bestreikten Postpaketamt Köln-Deutz, als mehrere aktive Jusos und Gewerkschafter die Streikposten besuchten. Die Arbeitgeber haben versucht, die gezielte Auswirkungen des letzten Tarifabkommens - neue Arbeitsplätze - zu umgehen. „Die neuen Arbeitsplätze bleiben aus und wir stehen unter mehr Leistungsdruck.“

Ich unterbrach die „Hier wird gestreikt“-Sprechchöre, um Gruppen von Kolleginnen genauer zu fragen, wie es in ihren Abteilungen jetzt aussieht. „Knochenarbeit! Menschenunwürdig! Es wird immer schlimmer!“, kommen die Meinungen wie aus Gewehren geschossen. „Der Druck ist

wirklich schlimm geworden.“ „Ja, und jetzt wird man sogar bemessen, wenn man auf's Klo gehen muß!“ „Manchmal steht man vor einem Berg von Paketen, aber keine Neuen werden eingestellt.“ „Wir müssen ständig Pakete bis zu 20 Kilo heben - kein Wunder, daß viele Kolleginnen Beschwerden am Rücken haben.“

Haben viele Kolleginnen solche Probleme? „Aber ja, wir sollen 98 bei unserer Schicht sein, aber ein Drittel fehlt immer. Die meisten Krankheitsfälle sind wegen Rücken, Knien und Unterleib.“ „Oder die Finger werden eingeklemmt - ohne die Hetze würde das nicht passieren.“ „Und dann diese Brüllerei! Es fehlt nur noch die Peitsche. Nee, es muß doch menschlicher werden.“

Brent Kennedy, SPD-Mitglied

Im April und Mai kam es zu massiven Warnstreiks der Beschäftigten der Bundespost. Grund: Ab 1. August 1989 sollte nach Tarifvereinbarung die wöchentliche Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt werden. (Anmerkung: In VORAN Nr. 120 gaben wir irrtümlicherweise den 1.4.1990 als Stichtag an.) CDU-Postminister Schwarz-Schilling hat diese Arbeitszeitverkürzung wettgemacht, indem er zur gleichen Zeit die Vorteil- und Erholzeiten (persönliche Bedürfnisse, Lesen von Verfügungen u.ä.) so gekürzt hat, daß die Postler dieselbe Arbeit in weniger Zeit erle-

digen müssen. Ein Fortschritt im Tarifabschluß ist, daß jetzt wenigstens eine genau festgelegte Zeit pro Arbeitsstunde Erholungszeit garantiert wird, nämlich 6 Minuten und 20 Sekunden. Real bringt der Abschluß aber kaum längere Pausen. Schließlich wurden nach der Arbeitszeitverkürzungen keine neuen Stellen geschaffen, es wurden sogar Arbeitsplätze abgebaut. Die gestiegene Arbeitshetze führt dazu, daß nicht wenige Kollegen sich eine andere Arbeit suchen. Weitere Kämpfe der Postler sind deshalb vorprogrammiert.

lernten Beruf nicht vergrößert. - Trotz Fortschritten ist es den Unternehmern gelungen, von der IG Metall die Zustimmung zu einer begrenzten Differenzierung der Belegschaften zu erhalten. Laut Vertrag dürfen 13% bzw. 18% der Beschäftigten eines Betriebes freiwillig 40 Stunden arbeiten. Die Tendenz kann sich verschärfen, daß keine Arbeitsplätze geschaffen werden, die Belegschaft sich aber in zwei Gruppen aufspaltet. Und der Arbeiter, der freiwillig 40 Stunden arbeitet, setzt damit auch seine Kollegen, die keine Lust dazu haben, unter Druck. Der Boss wird seinen „tüchtigen Mitarbeitern“ Anerkennung auf die eine oder andere Art zukommen lassen. Diese Verabredung im Tarifvertrag veranlaßte die Kapital-Zeitung „Handelsblatt“ zu folgendem Kommentar: „Die Arbeitgeber haben

Grund zum Dankeschön.“ (7.5.90) Lag nicht mehr drin? Oder doch? Das bleibt Spekulation, denn bevor sie richtig los ging, war die Tarifrunde schon vorbei. Der IGM-Vorstand hatte nicht einmal 10% der Mitgliedschaft an Kampfmaßnahmen beteiligt, als er dem „Traumergebnis“ zustimmte.

## IGM-Vorstand

Hätte eine Urabstimmung breite Zustimmung oder Ablehnung des Kompromisses gebracht? Das bleibt ungewiß, denn der IG Metall-Vorstand verzichtete darauf. Bei den Warnstreiks, die ich in dieser Tarifrunde persönlich miterlebte, hatte ich den Eindruck, daß genügend Kampfbereitschaft für weitere Aktionen vorhanden war.

In der Presse war zu lesen, daß der IGM-Vorstand über die sehr gute Be-

# Druckindustrie 35-Stunden-Woche ab '95

10,5% mehr Lohn sowie die 35-Stunden-Woche hatte die IG Medien in der vergangenen Tarifrunde gefordert. 6,8% Lohnerhöhung zum 1. April 1990 und die 35-Stunden-Woche zum 1.4.1995 ist Ergebnis der Tarifverhandlungen. War nicht mehr dringewesen? Im Vorfeld der Tarifrunde starteten die Unternehmer (wieder einmal) einen großen Propagandafeldzug gegen die geforderte Arbeitszeitverkürzung.

weigern sie sich z.B. immer noch, einer geregelten Ausbildung von Journalisten zuzustimmen. Wenn heute tatsächlich irgenwo Fachkräfte fehlen, so liegen die Ursachen dafür darin, daß zu Beginn der 80er Jahre nicht genügend ausgebildet wurde bzw. Ausbildungsplätze sogar abgebaut wurden. Die ganze Unternehmerpropaganda erweist sich als Lügegebäude. Die Lage in der Druckindustrie ist über-



Die Unternehmer hatten Glück: Es blieb bei Warnstreiks.

Ihr Haupt„argument“ war die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit, vor allem auch im Ausland. In der Auseinandersetzung 1984/85, in der es erstmalig um die Durchbrechung der 40-Stunden-Woche ging, setzten sie Arbeitszeitverkürzung mit Arbeitsplatzvernichtung gleich. Tatsächlich aber hat seitdem die Beschäftigtenzahl in der Druckindustrie um 8000 zugenommen. Ebenso wurden Jahr für Jahr neue Rekorde bei den Außenhandelsüberschüssen gefeiert.

Ein weiteres „Argument“ der Druckunternehmer gegen die 35-Stunden-Woche war: „In Anbetracht der notwendigen Hilfen für die DDR darf die Arbeitszeit nicht weiter verkürzt werden.“ Keine einzige Minute Verzicht käme den Arbeitern in der DDR zugute! Die eingesparten Kosten würden nur in die vollen Taschen der Unternehmer fließen. In Wahrheit haben sie Angst davor, daß die Beschäftigten in der DDR sich in ihren Forderungen an den bundesdeutschen Kollegen orientieren.

Eine der dreiesten Lügen stellt das Unternehmerrgejammer vom sogenannten „Facharbeitermangel“ dar. Sie selbst sind es, die die Verantwortung für Ausbildung und Qualifizierung alleine für sich beanspruchen und sich gegen die Forderungen der IG Medien für mehr und bessere Qualifizierung (incl. Frauenförderung) mit Händen und Füßen wehren. So

durchschnittlich gut. In den letzten fünf Jahren haben sich die Brutto-Gewinne von 2,6 Mrd. DM (1985) auf 5 Mrd. DM (für 1990 erwartet) fast verdoppelt. Diese Gewinnexplosion wurde von den ca. 170.000 Beschäftigten

## Berlitz-Sprachschulen Ausgepreßt und sauer

Bei Berlitz Sprachen lernen gilt als sehr exklusiv. Ist es auch. Denn die Preise sind gesalzen. Die Berlitz-Methode ist als effektiv bekannt.

Wundern müssen sich jetzt viele Schüler, die durch die bundesweiten Streiks seit dem 11. Mai 1990 zum ersten Mal von den Arbeitsbedingungen erfahren, die bei Berlitz vorherrschen. Der multinationale Sprachschulenkonzern Berlitz, der dem britischen Medienzar Maxwell gehört, macht enorme Profite - weltweit ca. 28,2 Mio. Dollar jährlich, davon über 3 Mio. DM in der BRD.

Der Zustand ist unglaublich: - es gibt keine Tarifverträge; - die Stundenlöhne liegen zwischen 13,10 DM und 16,05 DM brutto pro Unterrichtsstunde; - Vollzeitkräfte mit bis zu 54 Unterrichtsstunden-Verepflichtung pro Woche; - den Stundenplan erfährt man erst ab 16.00 Uhr des Vortages. Es reicht uns, deshalb streiken wir

teiligung bei den Warnstreiks überrascht war. Warum? Hatte er kein Vertrauen in die eigene Mobilisierungskampagne? Aber eigentlich ist es gar nicht überraschend. In den letzten zwölf Jahren setzte sich die Forderung nach der 35-Stunden-Woche im Bewußtsein der Kollegen, die damit positive Erfahrungen machten, fest. Außerdem waren drastische Lohnerhöhungen ein unbedingtes Muß in den Augen aller Kollegen. Die Arbeitgeber können angesichts dessen erleichtert sein, denn die 30-Stunden-Woche, wie im neuen Tarifvertrag vereinbart, soll vor 1998 nicht auf den Verhandlungstisch kommen.

Der derzeitige Wirtschaftsaufschwung hält nicht ewig. Im Interesse eines ernsthaften Kampfes gegen Massenarbeitslosigkeit, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus muß die größte Einzelgewerkschaft der westlichen Welt fähig sein, durch Streik ihren Forderungen Respekt zu verschaffen. Mir scheint, daß die in der Tarifrunde offenbar gewordenen Schwächen der Organisation oben an der Spitze des Apparates, nicht unten an der Basis zu suchen sind.

Christian Ebert, Kassel  
Jungsozialist und IG Metall-Mitglied

der Druckindustrie erarbeitet. Damit haben sie eigentlich die Finanzierung der Tarifforderungen der IG Medien bereits gesichert. Eine von der IG Medien durchgeführte Umfrage unter den Beschäftigten ergab, daß die Lohnforderung von 10,5% auch eher die untere Grenze der Erwartungen widerspiegelt.

## Orientierung an Metall

Der Bundesverband Druck hatte Ende April folgendes Angebot auf den Tisch gelegt: 5,1% Lohnerhöhung, aber nur unter der Bedingung, daß die derzeitige Arbeitszeit (37-Stunden-Woche) bis zum 31. März 1993 unverändert bleibt (geplante Verwirklichung EG-Binnenmarkt). Dem gegenüber sieht der Tarifabschluß für die IG Medien recht schmal aus. Zur Erinnerung: 6,8% Lohnerhöhung und 35-Stunden-Woche ab 1. April 1995. In Anbetracht der heutigen Inflationsrate von ca. 3% ist der Reallohnzuwachs - im Verhältnis zur hervorragenden Gewinnssituation der Druckindustrie - nicht gerade hoch ausgefallen. Die Arbeitszeitverkürzung bringt im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit keine großen Erfolge, denn diese ist erst einmal für fünf Jahre festgeschrieben.

Durch den wenige Tage vorher erfolgten Tarifabschluß der IG Metall haben sich die Voraussetzungen für die IG Medien auch verschlechtert. Als kleine Gewerkschaft wäre es für sie sehr schwer geworden, ein wesentlich besseres Ergebnis zu erzielen.

Zweifelsohne stellt die jetzige Tarifvereinbarung einen Erfolg dar. Schließlich wurde eine weitere Arbeitszeitverkürzung sowie Lohnerhöhung ohne Streiks erreicht. Aber es ist leider nicht gelungen, einen großen Schritt im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit zu erreichen und die Unternehmer zu Neueinstellungen in größerem Umfang zu zwingen. Diese Aufgabe bleibt für die Zukunft bestehen.

Andreas Paqué, Köln, Jungsozialist und IG Medien-Mitglied



zum wiederholten Mal. Wir fordern: - feste Arbeitszeiten; - festes Monatsgehalt; - 30 Tage Urlaub für alle (z.Zt. 24-29 Tage); - Urlaubsgehalt; - Fahrtgeld; - 13. Monatsgehalt; - 16% für Arbeitszeitreduzierung und Gehaltserhöhung. Maria-Clara Roque, Wiesbaden Jungsozialistin und GEW-Mitglied

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

**Punk und Trash**  
Seite 5

**Südafrika**  
Seite 9

# BRD raus aus der NATO! NATO raus aus der BRD!

**Einen neuen Schutzbefehl wittert die NATO und bereitet sich vor, das vereinigte Deutschland mit ihren großen, starken Armen zu umfassen. Gut getarnt allerdings, mit Floskeln von Abrüstung und Abzug der Streitkräfte. Wie diese Phrasen jedoch in der Realität aussehen, ist etwas völlig anderes.**

Allein in Rheinland-Pfalz will das Pentagon 2,2 Mrd. Dollar bis 1995 investieren. Auf dem Militärflugplatz Hahn in der Eifel soll eine „Kampfzentrale“ errichtet werden, die wahrscheinlich die atomar einsetzbaren

Militärflugzeuge F 15 E beherbergen soll. Diese sogenannten atomaren Abstands- und Waffensysteme können dazu dienen, ein Verbot von landgestützten Atomwaffen zu unterlaufen. In Kaiserslautern sollen neue Raketenysteme entstehen, die mit Mehrfachsprengköpfen beladen werden und eine Reichweite von 200-400 km absolvieren können.

Dies alles sieht wenig nach Abrüstung aus. Was vielmehr stattfindet, ist ein Austausch von Waffensystemen. So beschäftigt sich z.B. die nukleare Planungsgruppe der NATO derzeit damit, landgestützte Atomwaffen durch luftgestützte zu ersetzen.

Auch die Militärausgaben für den „zivilen Bereich“ sollen steigen. Das Schutznetz soll um das zehnfache erweitert und die Kasernen renoviert werden, damit sie die nächsten 20 Jahre ordentlich genutzt werden können. Ein sehr klares und eindeutiges Bekenntnis zur (Ab)Rüstung!

Doch mit welcher Rechtfertigung geschieht all dieses? Das Märchen des bösen Russen, der bei uns einmarschiert, zieht heute einfach nicht mehr. Bleibt das selbstgesteckte Ziel, die Freiheit zu verteidigen und Frieden zu stiften. Doch hat die NATO jemals diese selbstlosen Aufgaben erfüllt? Wo war sie denn z.B., als am 1. Mai in dem NATO-Land Türkei Arbeiter niedergeschossen wurden, die sich selbst die Freiheit nahmen, zu demonstrieren, also nichts weiter taten, als ein demokratisches Grundrecht in Anspruch zu nehmen und einzufordern?!

### Aggressives Bündnis

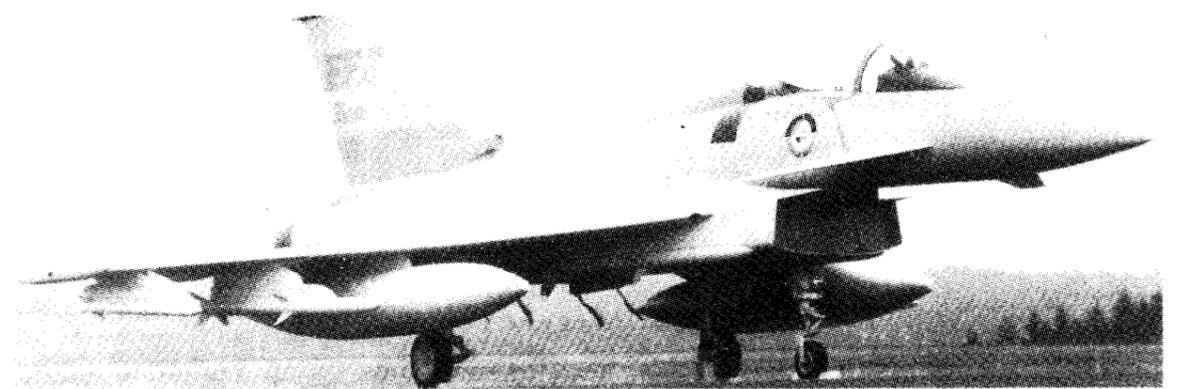
Die NATO ist ein imperialistisches Bündnis zur Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen der in ihr organisierten kapitalistischen Länder. Hier in der BRD und später in einem vereinigten Deutschland hat sie einen wichtigen Stützpunkt in Richtung

Osteuropa und Naher Osten. Diesen wird sie – wie sich jetzt schon zeigt – niemals freiwillig aufgeben. Trotz aller schönen Worte! Nach wie vor ist die Rüstungsindustrie ein wichtiger Teil der gesamten amerikanischen – und auch deutschen – Industrie. Eine

Menge Geld fließt dort hinein, das an anderen Stellen sehr dringend gebraucht würde. Dies geht ganz allein auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Doch auf diese Profite wird das Kapital niemals freiwillig verzichten. Daher ist es an uns, heute zu fordern:

**Sofortige Abrüstung, weg mit dem Jäger 90! BRD, raus aus der NATO! NATO, raus aus der BRD! Denn mit der NATO wird es niemals wirklich Frieden und Abrüstung geben!**

**Birte Stoewahse, Oldenburg  
Jungsozialistin**



Auch der Jäger '90 muß endlich weg!

## Fußball-WM in Italien

# Arbeiter im Abseits

**Während viele Jugendliche in der ganzen Welt der Fußball-Weltmeisterschaft in Italien entgegenfiebert, sieht man auf italienischen Autos immer häufiger einen Aufkleber mit der Aufschrift „Nieder mit der Weltmeisterschaft!“ Für die italienischen Arbeiter und Jugendlichen wird die WM immer mehr zum Horror.**

Seit Italien 1984 den Zuschlag als Ausrichter der WM '90 erhalten hat, ging es daran, das Land herauszuputzen: Die Stadien mußten verschönert werden, die Zufahrtswege verbessert, Parkplätze mußten her. Heute herrscht in den zwölf italienischen WM-Städten das (teure) Chaos! Eigentlich sollten die Bauarbeiten bis Oktober 1989 beendet sein – einen Monat vor Beginn der Spiele war noch nichts so richtig fertig!

In allen Städten bricht täglich der Verkehr wegen der vielen Baustellen zusammen. Mit der WM-Eröffnung vom 8. Juni wird lange nicht alles beendet sein. Wieviele der nicht fertigen Projekte danach noch beendet werden, steht in den Sternen – Bauruinen sind eine wahrscheinliche Perspektive.

### Auf dem Rücken der Arbeiter

Geplant war, 4 Mrd. DM für die Stadion-Sanierung und die Prestige-Objekte auszugeben. Nun wird mit Kosten in dreifacher Höhe gerechnet! Zum Beispiel wird das Stadion von Turin 126% mehr als kosten als erwartet. Und das in einem Land mit solchen großen Problemen wie Wohnungsnot und Massenarbeitslosigkeit. In der gleichen Zeit, in der die Regierung viele Milliarden für die WM zum Fenster herauswirft, geht sie daran, das Bildungssystem anzugreifen. Sogar Teilprivatisierungen sind geplant!

Die einzigen, die an der WM verdienen, sind die Bosse, die eh schon mehr als genug haben! Bezahlen müssen nur die Arbeiter: mit ihren Steuer, mit ihrem Geld für die absolut überzogenen Eintrittspreise und auch mit ihrem Leben!

„Weltmeisterschaft bedeutet Tod!“ Dieser Spruch ist auf Wänden der Florenzer Uni zu lesen. Bei 680 (!) Unfällen auf den WM-Baustellen sind 24 Arbeiter ums Leben gekommen. Das

sind im Schnitt fünfzehnmal mehr als sonst bei Unfällen auf Baustellen. Grund: die wahnsinnige Arbeitshetze und die schlechten Sicherheitsmaßnahmen. Hauptsache, man wird rechtzeitig fertig und der Profit stimmt – egal, wieviele dabei draufgehen. So scheint das Motto der Unternehmen zu lauten.

### Profi(t)fußball

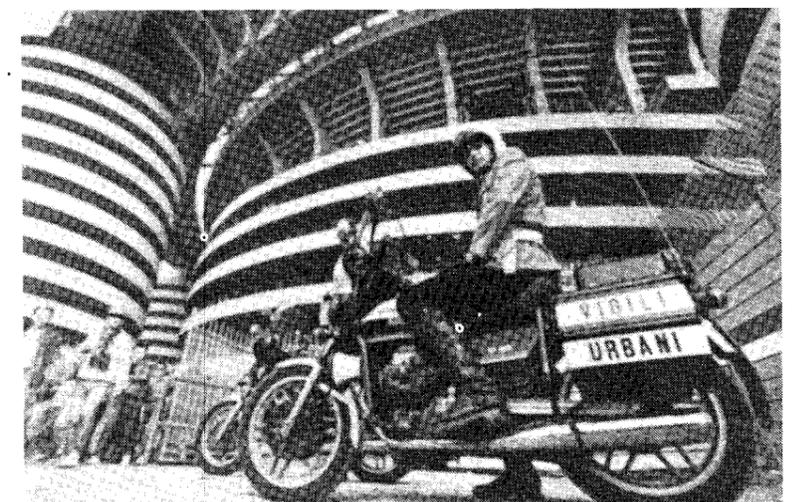
Dabei gibt es dann eine Hetze gegen die Arbeiter, denen Faulheit und Gemüthlichkeit („italienische Mentalität“) vorgeworfen und damit die Schuld an den Verzögerungen und Unfällen gegeben wird. „Letztes Jahr wurde so gut wie nicht gebaut, weil die Funktionäre und Bosse gepennt haben. Jetzt sollen wir Arbeiter dafür bluten“, sagte ein Arbeiter in einem Fernsehinterview schon im April.

Viele Italiener wünschen sich mittlerweile, die WM fände nicht in ihrem Land statt. Sie geht auf Kosten ihres Geldes, ihrer Lebensbedingungen und auch der Umwelt. Gewinner sind nur die großen Konzerne. Sie verstehen es großartig, die WM zu vermarkten. Allein von den erwarteten 12 Mrd. DM Ausgaben für die WM könnten 120.000 Wohnungen gebaut werden!

Dazu kommt dann noch der Riesenreichtum, den die Konzerne machen und die Prämien der Profi(t)fußballer. Allein jedem deutschen Spieler winken 125.000 DM (wovon sich eine schöne Wohnung bauen ließe). Dazu kommt Werbung, Werbung und nochmal Werbung.

Die Fußballweltmeisterschaft ist ein großes, sportliches Spektakel, in dem wir viele gute Spiele sehen werden. Aber wir müssen in Zukunft dafür sorgen, daß WM's nicht dazu benutzt werden, irgendwelchen Konzernen auf dem Rücken der Arbeiter Riesenprofite zuzuschütten.

**Sascha Stanicic, Aachen  
Jungsozialist**



Polizist vor dem Mailänder Giuseppe-Meazza-Stadion. Auch für ihn haben sich Arbeitshetze und Druck durch die WM verschärft. Polizisten in Rom haben sogar angekündigt, eventuell die Arbeit während der WM zu verweigern.

**wir haben für jeden Zweck den richtigen Vernichtungsgrad**



## Dafür kämpft VORAN



- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Auflösung der Bundeswehr. Dabei garantierte Arbeitsplätze für alle ehemaligen Soldaten in gesellschaftlich sinnvollen Bereichen. Die eingesparten Summen werden für Verbesserungen der Lebensbedingungen der Bevölkerung gebraucht.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. garantierten Ersatzarbeitsplatz für die Beschäftigten.
- Garantiertes Mindesteinkommen von 1500 DM für alle.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, des Umweltschutzes, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung...
- Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für alle in der BRD lebenden Menschen.

- Keine Unterordnung der SPD-regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- Für einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Für eine SPD-Alleinregierung im Bund, die die Arbeiterbewegung zur Durchsetzung eines solchen sozialistischen Programms mobilisiert.